



Versorgungssicherheit und Preisstabilität bleiben zentral

Breite Unterstützung für Erneuerbare Energien

im Auftrag von Sarah Fuchs und Dominique Martin,

Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Cloé Jans: Leiterin operatives Geschäft und Mediensprecherin

Sophie Schäfer: Junior Projektleiterin

Jenny Roberts: Junior Data Scientist

Bern, 22.05.2025

ist nicht zur Publikation vorgesehen

Inhaltsverzeichnis

MANAGEMENT SUMMARY	4
1 BEFUNDE.....	6
1.1 Energiepolitik.....	6
1.2 Versorgungssicherheit.....	10
1.3 Stromgesetz.....	18
1.4 Anlagen zur Stromproduktion	20
1.5 Blackout-Initiative.....	25
1.6 Stromabkommen und Marktliberalisierung.....	28
2 SYNTHESE.....	33
3 ANHANG.....	35
3.1 Mandat	35
3.2 Methodische Details	35
3.3 Forschungsplan.....	37
3.4 Grafische Aufbereitung.....	38
3.5 gfs.bern-Team.....	39

Management Summary

Das Forschungsinstitut gfs.bern führte im Auftrag des Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE eine Befragung bei 1'000 Einwohner:innen ab 16 Jahren durch. 712 Interviews davon wurden, wie in den vergangenen Jahren, mittels eines "Random Digit Dialing (RDD)"-Verfahrens ausgewählt und via Telefon befragt. 288 Interviews wurden über das gfs.bern eigene Panel «Polittrends» durchgeführt. Die Erhebung fand zwischen dem 11. März und dem 21. März 2025 statt und beleuchtet zentrale Themen um Energiepolitik und Versorgungssicherheit. Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 3.1 Prozentpunkten.

ZUSTIMMUNG ZUR ENERGIEPOLITIK UND ZIELKONFLIKTE



- Eine stabile Mehrheit von 59 Prozent steht hinter der aktuellen Energiepolitik – insbesondere Anhänger:innen von GLP (78%), SP (73%) und der Mitte (71%) zeigen hohe Zustimmung.
- Die Bevölkerung erkennt zunehmend den Dreiklang aus Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Kosten als politisches Spannungsfeld – 63 Prozent empfinden die Energiewende als zu langsam, 56 Prozent fordern sofortigen Umstieg.
- Die Förderung erneuerbarer Energien ist breit abgestützt (80%) – allerdings mit der Erwartung, dass weder Versorgung noch Landschaftsschutz oder Bezahlbarkeit dabei geopfert werden.

PRIORITÄTEN UND SORGEN ZUR VERSORGUNGSSICHERHEIT



- Versorgungssicherheit bleibt mit 45 Prozent die wichtigste Priorität im energiepolitischen Trilemma – bezahlbarer Strom (29%) und Klimaneutralität (26%) folgen mit Abstand.
- 51 Prozent der Bevölkerung machen sich Sorgen um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren – besonders stark im SVP-Lager (62%), am wenigsten ausgeprägt bei der Mitte (38%).
- Parteipräferenz, Alter, Bildung und Geschlecht beeinflussen die Gewichtung: Jüngere tendieren stärker zur Versorgungssicherheit, ältere und tiefer gebildete Personen achten zunehmend auf Preisstabilität.

TECHNOLOGIEAKZEPTANZ UND AUSBAUMASSNAHMEN



- Massnahmen wie Energieeffizienz (94%), Solaranlagen auf Dächern (94%) und Wasserkraft (92%) geniessen höchste Akzeptanz – sie gelten als konsensfähige Säulen der Versorgungssicherheit.
- Atomkraftwerke der nächsten Generation finden mit 53 Prozent mehrheitlich Zustimmung – klassische AKW (39%) sowie Gaskraftwerke (45%) hingegen bleiben umstritten.

- Politische Massnahmen wie Regulierungen und Verbote polarisieren stark entlang parteipolitischer Linien – während steuerliche Anreize mit rund 70 Prozent Zustimmung parteiübergreifend tragfähig erscheinen.

EINSTELLUNG ZUR ENERGIEWENDE UND PRODUKTIONSSTANDORTE



- Die Energiewende wird von einer Mehrheit als zu langsam empfunden (63%) – gleichzeitig herrscht grosse Bereitschaft, einfache Energiesparmassnahmen selbst umzusetzen (z. B. effiziente Geräte: 97%).
- Solaranlagen auf bestehenden Infrastrukturen (94%) und Gletscherspeicher (76%) sind nahezu unumstritten – Windräder (59%) und Freiflächenanlagen in Sichtweite (50%) stossen auf geteilte Meinungen.
- Gaskraftwerke im Wohnumfeld werden von 57 Prozent abgelehnt – sie sind die einzigen Stromproduktionsanlagen mit klarer Negativmehrheit.

BLACKOUT-INITIATIVE UND ENERGIEPOLITISCHE GRUNDHALTUNGEN



- Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle» polarisiert: 46 Prozent stimmen zu, 48 Prozent lehnen ab – vor allem das bürgerliche Lager (FDP, SVP) befürwortet sie, während das links-grüne Lager sie deutlich ablehnt.
- Unterstützt wird insbesondere die Technologieoffenheit (68%) und wirtschaftliche Versorgungssicherheit (72%) – zugleich überwiegen bei vielen die Bedenken: 74 Prozent glauben nicht an die kurzfristige Wirksamkeit neuer AKWs.
- Die Debatte ist stark wertgetrieben: Neben rationalen Überlegungen beeinflussen auch politische Grundhaltungen und Zukunftsvisionen die Meinungsbildung zur Initiative.

EU-STROMABKOMMEN UND MARKTÖFFNUNG



- Die Zustimmung zu einem Stromabkommen mit der EU steigt auf 79 Prozent – so hoch wie nie zuvor. Besonders grosse Zugewinne verzeichnen SVP-Anhänger:innen (+22 Pp.) und Parteiungebundene (+37 Pp.).
- Auch die vollständige Marktöffnung findet mit 56 Prozent eine knappe Mehrheit – allerdings wollen 69 Prozent bei ihrem heutigen Stromanbieter bleiben, was auf ein hohes Sicherheits- und Stabilitätsbedürfnis hinweist.
- Die Meinungsbildung zum Stromabkommen ist weiterhin volatil – das Thema bleibt eng mit der politischen Identität und der Debatte um die bilateralen Beziehungen zur EU verknüpft.

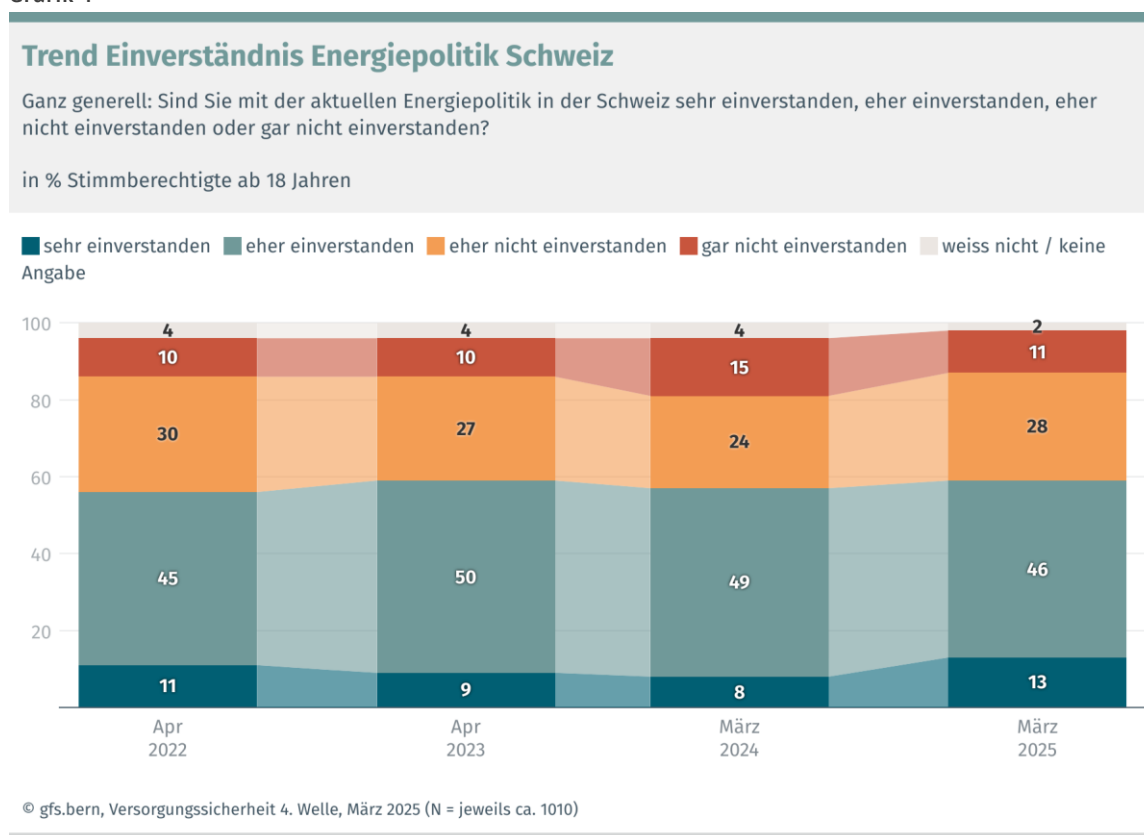
1 Befunde

1.1 Energiepolitik

Auch 2025 ist eine stabile Mehrheit der Stimmberechtigten grundsätzlich einverstanden mit der Schweizer Energiepolitik.

Insgesamt sagen aktuell 59 Prozent der Befragten, dass sie mit der Energiepolitik eher oder sehr einverstanden sind (+2 Prozentpunkte [Pp.] im Vergleich zum Vorjahr). So sind auch die 39 Prozent mit zumindest eher kritischer Sicht auf die Energiepolitik unverändert, wobei aktuell etwas weniger Personen gar nicht einverstanden sind (11%, -4Pp.).

Grafik 1



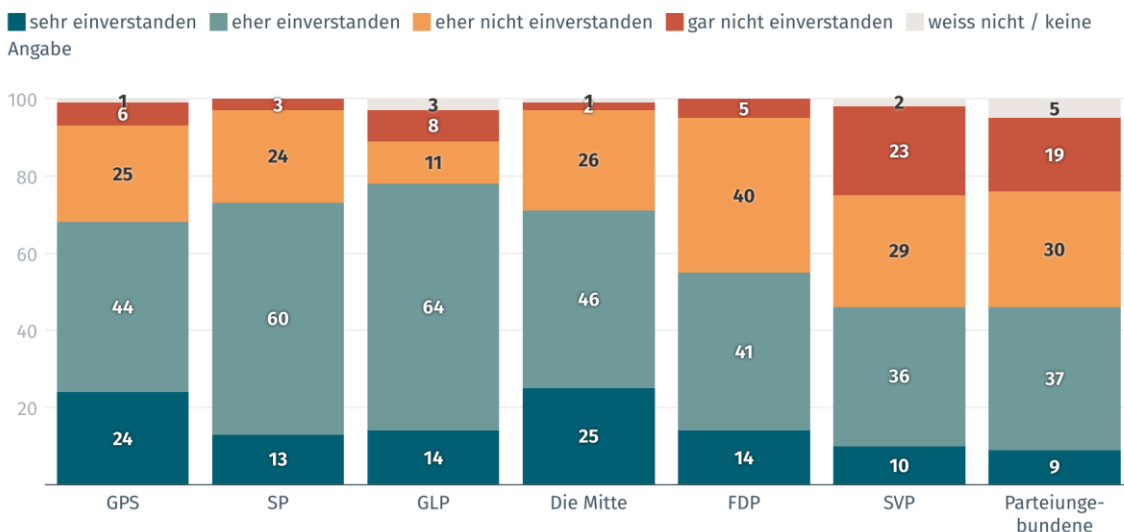
Mit Ausnahme der Anhänger:innen der SVP und den Parteiungebundenen wird die aktuelle Energiepolitik der Schweiz in allen politischen Lagern positiv gesehen. Am höchsten ist das Einverständnis im Lager der GLP (78% sehr/eher einverstanden), gefolgt von der SP (73%) und der Mitte (71%) sowie den Grünen (68%). Aber auch die Sympathisant:innen der FDP (55%) sind mit dem aktuellen Weg mehrheitlich einverstanden. Bei der SVP und den Parteiungebundenen fällt die Zustimmung zur heutigen Energiepolitik in der Schweiz mit je 46 Prozent zwar nur knapp unter die 50-Prozent-Marke. Dafür ist hier der Anteil jener, die sich mit der aktuellen Energiepolitik gar nicht einverstanden zeigen, bei der SVP mit 23 Prozent und bei den Parteiungebundenen mit 19 Prozent im Vergleich stark ausgeprägt.

Grafik 2

Einverständnis Energiepolitik Schweiz nach Partei

Ganz generell: Sind Sie mit der aktuellen Energiepolitik in der Schweiz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (n=857), sig., Cramér's V = 0.21

Die Haltung der Schweizer Stimmberechtigten in den abgefragten Aussagen zur Energie- und Klimapolitik ist gegenüber der Vorjahresbefragung insgesamt äusserst stabil. Weiterhin geniesst die Förderung von erneuerbaren Energieformen als Zeichen gelebten Klimaschutzes die höchsten Zustimmungswerte (80% sehr/eher einverstanden, +3 Prozentpunkte gegenüber 2024). Daran knüpft das neu abgefragte Item an, dass das neue Stromgesetz ein sinnvoller Schritt für die Energiezukunft der Schweiz ist (77%). Mit jeweils 74 Prozent stimmt ebenfalls ein grosser Anteil der Befragten den beiden Aussagen zu, dass mit der Förderung erneuerbarer Energien die Energie-Abhängigkeit vom Ausland bekämpft werden könne (+3 Pp.) und dass die Abhängigkeit von fossilen Energien aus nichtdemokratischen Ländern gestoppt werden müsse. Letzteres hat im Vergleich zum Vorjahr mit plus 6 Prozentpunkten klar an Zustimmung gewonnen. Auch die Energiewende in der Schweiz geht nach wie vor einer klaren Mehrheit der Stimmberechtigten viel zu langsam (63%, +2 Pp.).

Dass die erneuerbare Energie bei Weitem nicht ausreicht, um den Strombedarf der Schweiz zu decken, finden 63 Prozent der Stimmbevölkerung (+1 Pp.), während 56 Prozent (+2 Pp.) der Meinung sind, dass ohne sofortigen Umstieg auf ebendiese erneuerbaren Energiequellen die Klimakatastrophe nicht mehr abzuwenden sei. Ebenfalls mehrheitsfähig ist die Meinung, dass Firmen nicht durch zusätzliche Energieabgaben belastet werden sollen (54%, +5 Pp.).

Die weiteren Aussagen, die allesamt kritisch auf die Energiewende blicken, werden hingegen von weniger als der Hälfte der Schweizer:innen geteilt, wobei noch eine relative Mehrheit der Meinung ist, dass die Energiewende viel zu teuer sei (48%, +2 Pp.). Dass die Weiterführung der aktuellen Energiepolitik zu Stromausfällen in Teilen der Schweiz

führen wird (41%, -1 Pp.) überzeugt hingegen nur noch Minderheiten. Noch deutlicher ist die Ablehnung der Aussage, dass die Energiewende in der Schweiz viel zu weit geht (63% überhaupt/eher nicht einverstanden, -2 Pp.).

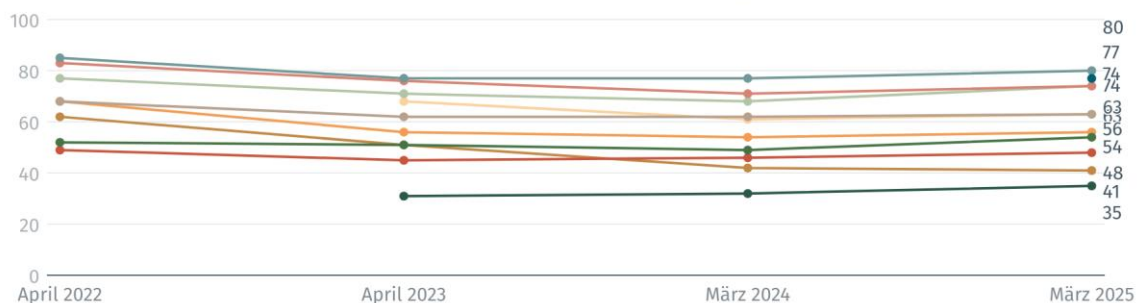
Grafik 3

Trend Aussagen Energie- und Klimapolitik

Aktuell wird viel über die richtige Energie- und Klimapolitik in der Schweiz diskutiert. Sie können nun einige Aussagen lesen, die man immer wieder hört. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie damit sehr einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher einverstanden

— Förderung von erneuerbaren Energieformen ist gelebter Klimaschutz — Das neue Stromgesetz ist ein sinnvoller Schritt für die Energiezukunft der Schweiz — Mit der Förderung erneuerbarer Energien kann die Energie-Abhängigkeit vom Ausland am besten bekämpft werden — Abhängigkeit von fossilen Energien aus nicht-demokratischen Ländern stoppen — Die Energiewende in der Schweiz geht viel zu langsam — Erneuerbare Energie reicht bei Weitem nicht, um den Strombedarf der Schweiz zu decken — Ohne sofortigen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen ist Klimakatastrophe nicht mehr abzuwenden — Keine Belastung von Schweizer Firmen durch zusätzliche Energieabgaben — Energiewende ist viel zu teuer — Weiterführung des aktuellen Kurses der Energiepolitik führt zu Stromausfällen in Teilen der Schweiz — Die Energiewende in der Schweiz geht viel zu weit



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1000)

Ob der in der Energiepolitik eingeschlagene Weg zu Problemen in der Versorgungssicherheit in zehn Jahren führt, spaltet die Stimmbevölkerung. Rund die Hälfte der Stimmberechtigten gibt an besorgt zu sein, wenn diese an die Versorgungssicherheit in der Zukunft denken (51% sehr grosse/eher Sorgen) und bleibt damit stabil im Vergleich zum Vorjahr (-3 Pp.). Ihnen stehen 48 Prozent der Befragten gegenüber, die sich hingegen eher oder überhaupt keine Sorgen machen (+ 4 Pp.).



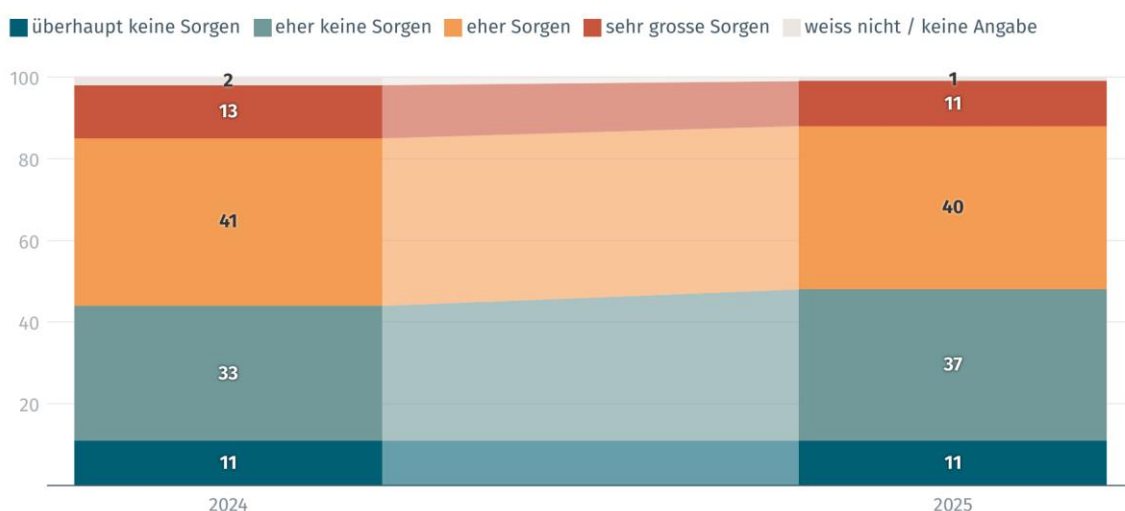
Ob man sich Sorgen um die Versorgungssicherheit der Zukunft macht, hängt nicht zuletzt mit der Parteipräferenz zusammen und ist insbesondere im rechts-bürgerlichen Lager erhöht: So machen sich jeweils knappe Minderheiten der Anhänger:innen der GLP (49% sehr grosse/eher Sorgen), der SP (48%) und der Grünen (46%) Sorgen und bewegen sich damit zusammen mit der Anhängerschaft der FDP (51%) nahe am Durchschnitt. Deutlichere Abweichungen zeigen sich bei anderen Parteien: Unter den Sympathisant:innen der Mitte liegt der Anteil der Besorgten mit 38 Prozent klar unter dem Schnitt. Deutlich über dem Durchschnitt liegt hingegen die SVP-Anhängerschaft: Hier geben 62 Prozent an, sich grosse oder eher grosse Sorgen um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren zu machen. Die Bedenken zur Versorgungssicherheit der Zukunft im Zusammenhang mit dem eingeschlagenen Weg scheinen somit mindestens teilweise eine Frage der Werthaltung zu sein und sind nicht ausschliesslich auf eine faktische Einschätzung zurückzuführen.

Grafik 4

Trend Versorgungssicherheit in Zukunft

Wenn Sie an die Versorgungssicherheit in zehn Jahren denken. Machen Sie sich mit dem aktuell eingeschlagenen Weg in der Energiepolitik überhaupt keine Sorgen um die Versorgungssicherheit, eher keine Sorgen, eher Sorgen oder sehr grosse Sorgen um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1000)

1.2 Versorgungssicherheit

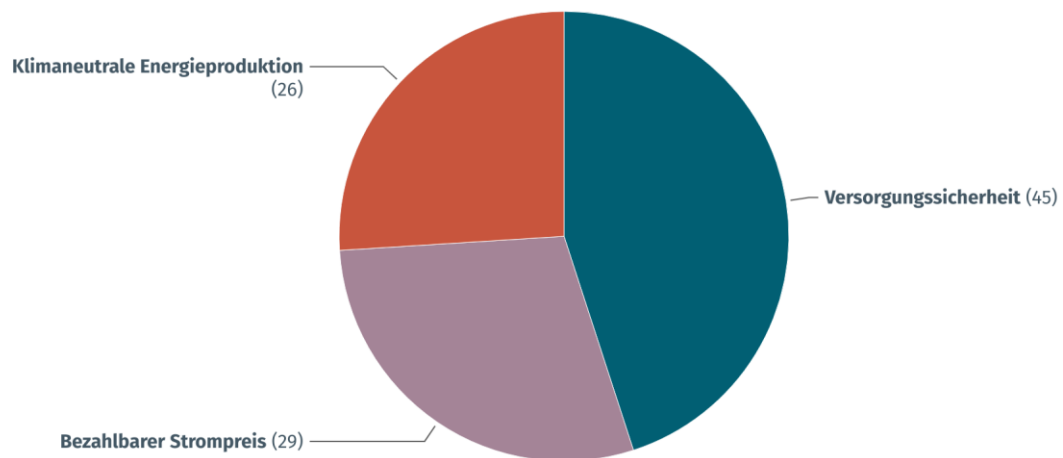
Im Trilemma der Stromproduktion zwischen Versorgungssicherheit, bezahlbarem Strompreis und klimaneutraler Energieproduktion bleibt auch 2025 die Sicherstellung der Versorgungssicherheit die häufigste erste Priorität.

Grafik 5

Erste Präferenz

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen. Erstens muss sie die Versorgung der Schweiz mit Strom jederzeit sicherstellen, zweitens muss der Strompreis für Haushalte und die Wirtschaft zahlbar sein und drittens soll die Stromproduktion in der Schweiz im Sinne der Energiewende klimaneutral sein. Die drei Aufgaben sind stark voneinander abhängig und es ist nicht möglich alle drei gleichzeitig ideal zu erfüllen. Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben ... Versorgungssicherheit, bezahlbarer Strompreis und klimaneutrale Energieproduktion ... soll aus Ihrer Sicht an erster Stelle stehen?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=1000)

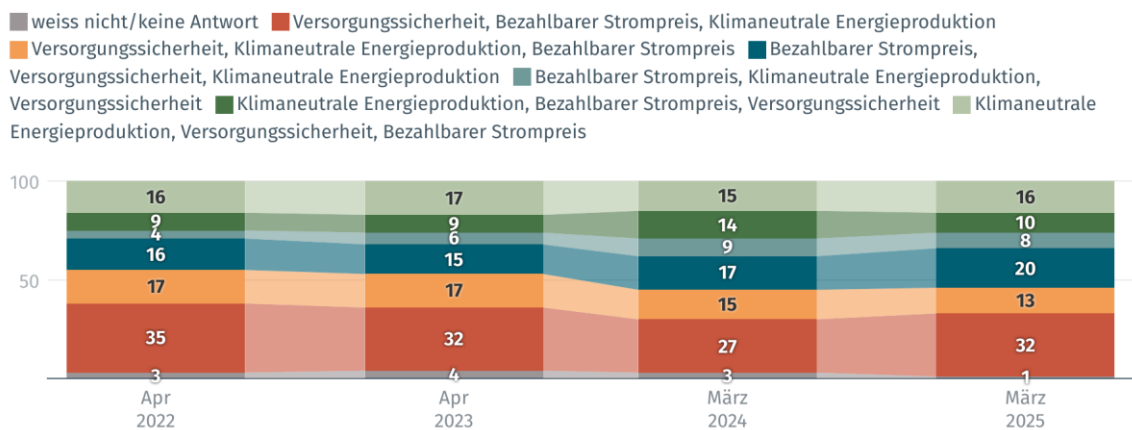
Im März 2025 genießt die Versorgungssicherheit für 45 Prozent der Stimmberechtigten höchste Priorität. Damit zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr erneut ein leichter Anstieg, nachdem in den ersten beiden Befragungswellen noch jeweils rund die Hälfte der Befragten die Versorgungssicherheit an erster Stelle sah (2022: 52%, 2023: 49%). Für 29 Prozent steht ein bezahlbarer Strompreis an oberster Stelle, gefolgt von einer klimaneutralen Stromproduktion, die 26 Prozent als wichtigste Priorität nennen. Auffällig ist insbesondere die gestiegene Bedeutung des bezahlbaren Strompreises gegenüber den beiden Befragungswellen im Jahr 2022 und 2023.

Grafik 6

Trend Gruppierung der Präferenzen

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen. Erstens muss sie die Versorgung der Schweiz mit Strom jederzeit sicherstellen, zweitens muss der Strompreis für Haushalte und die Wirtschaft zahlbar sein und drittens soll die Stromproduktion in der Schweiz im Sinne der Energiewende klimaneutral sein. Die drei Aufgaben sind stark voneinander abhängig und es ist nicht möglich alle drei gleichzeitig ideal zu erfüllen. Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben ... Versorgungssicherheit, bezahlbarer Strompreis und klimaneutrale Energieproduktion ... soll aus Ihrer Sicht an erster/zweiter/dritter Stelle stehen?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1010)

Auch im Jahr 2025 bleibt die Parteisympathie eine zentrale Einflussgrösse zur Erklärung der Präferenzen im energiepolitischen Trilemma. Dabei unterscheiden sich die parteipolitischen Lager deutlich in ihrer Gewichtung der drei Zielsetzungen.

Die Anhänger:innen der Grünen und der SP sind die einzigen, bei denen nicht die Versorgungssicherheit an erster Stelle steht. Stattdessen priorisieren sie am häufigsten eine klimaneutrale Stromproduktion. Besonders ausgeprägt ist dies bei den Sympathisanten:innen der Grünen, von denen – wie bereits im Vorjahr – über drei Viertel diesen Aspekt als höchste Priorität nennen. Im Vergleich dazu wird im SP-Lager sowohl der Strompreis als auch die Versorgungssicherheit deutlich stärker gewichtet. Innerhalb der SP-Anhängerschaft spielt zudem das Alter eine wichtige Rolle: Befragte über 54 Jahre priorisieren die klimaneutrale Stromproduktion besonders häufig.

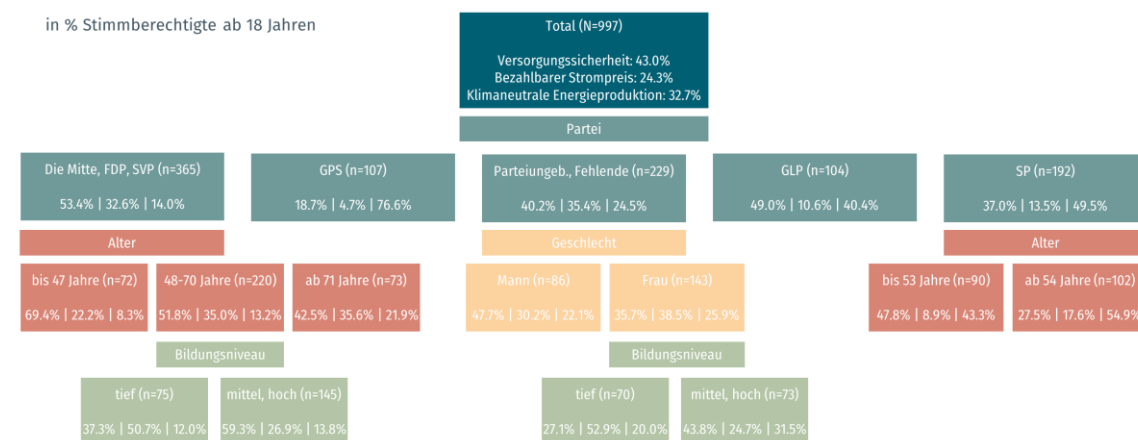
Am klarsten zeigt sich die Priorisierung der Versorgungssicherheit mit 53 Prozent bei den Anhänger:innen der Mitte, FDP und SVP – ein Wert, der leicht über dem nationalen Durchschnitt liegt. Auch der Strompreis wird in diesen Gruppen häufiger als vorrangig genannt. Gleichzeitig nimmt die klimaneutrale Stromproduktion in diesen politischen Lagern den geringsten Stellenwert ein. Innerhalb dieser Gruppen lassen sich zudem altersbedingte Unterschiede beobachten: Jüngere Befragte setzen stärker auf Versorgungssicherheit, während bei älteren Personen die Bedeutung der klimaneutralen Energieproduktion zunimmt. In der Altersgruppe der 48- bis 70-Jährigen zeigen sich zudem differenzierende Muster in Abhängigkeit vom Bildungsniveau. So priorisieren jene Personen mit tiefer Bildung klar den bezahlbaren Strompreis, während die Stimmberechtigten mit einem hohen Bildungsniveau deutlich die Versorgungssicherheit an erster Stelle sehen.

Die Anhänger:innen der GLP zeichnen sich durch eine überdurchschnittlich starke Priorisierung sowohl der Versorgungssicherheit als auch der klimaneutralen Stromproduktion aus. Der bezahlbare Strompreis hingegen wird von ihnen seltener als zentrale Priorität genannt.

Parteiungebundene Stimmberechtigte zeigen eine vergleichsweise ausgewogene Prioritätenverteilung. Zwar steht auch hier die Versorgungssicherheit an erster Stelle, gefolgt vom bezahlbaren Strompreis, jedoch liegen die Unterschiede zu einer klimaneutralen Stromproduktion weniger deutlich auseinander als bei den parteipolitisch gebundenen Gruppen. Bei einer weitergehenden Differenzierung nach Geschlecht zeigt sich, dass in dieser Gruppe bezahlbare Strompreise bei den Frauen neu an erster Stelle stehen – im Unterschied zu den Männern, für die weiterhin die Versorgungssicherheit oberste Priorität genießt. Bei den weiblichen Befragten wiederum lassen sich deutliche Unterschiede entlang des Bildungsniveaus erkennen: Während Frauen mit tieferem Bildungsabschluss dem Strompreis die höchste Bedeutung beimessen, steht bei Frauen mit mittlerem oder höherem Bildungsniveau die Versorgungssicherheit im Vordergrund.

Grafik 7

Entscheidungsbaum Erste Präferenz



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=997)

1

Bezogen auf den Umgang mit den Zielkonflikten innerhalb der Stromproduktion zeigt sich auch 2025 ein deutliches Meinungsbild in der Schweizer Bevölkerung: In den drei am stärksten unterstützten Aussagen wird jeweils die klimaneutrale und nachhaltige Stromproduktion anderen Zielen untergeordnet – dem Strompreis, der Versorgungssicherheit sowie dem Landschaftsschutz. Damit bestätigt sich das Zustimmungsmuster des Vorjahres.

So sind 76 Prozent der Stimmberechtigten (sehr/eher einverstanden, +4 Prozentpunkte) der Meinung, dass der Ausbau nachhaltiger Energien nicht zu einer massiven Verteuerung des Stroms führen darf. Eine klare Mehrheit (68%, +2 Pp.) unterstützt zudem die Aussage, dass sich die Schweiz Stromausfälle nicht leisten kann – selbst wenn dadurch

Klima- und Energieziele in den Hintergrund treten. Auch die Aussage, dass für die Energiewende nicht leichtfertig auf Landschaftsschutz verzichtet werden darf, wird mit 58 Prozent Zustimmung (–3 Pp. im Vergleich zu 2024) von einer Mehrheit getragen und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2022.

Wenn es um die konkreten Konsequenzen eines raschen Ausbaus der erneuerbaren Energien geht, zeigt sich die Bevölkerung hingegen gespalten. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent befürwortet ein zügiges Vorantreiben der Energiewende, auch wenn dies mit höheren Kosten verbunden ist (–6 Pp.). Die Zustimmung zur Aussage, dass der Ausbau der inländischen erneuerbaren Energiequellen auch auf Kosten des Umweltschutzes erfolgen darf, liegt mit 49 Prozent knapp unter der Hälfte und ist ebenfalls rückläufig (–2 Pp.). Beide Aussagen verzeichnen seit drei Jahren kontinuierlich sinkende Zustimmungswerte.

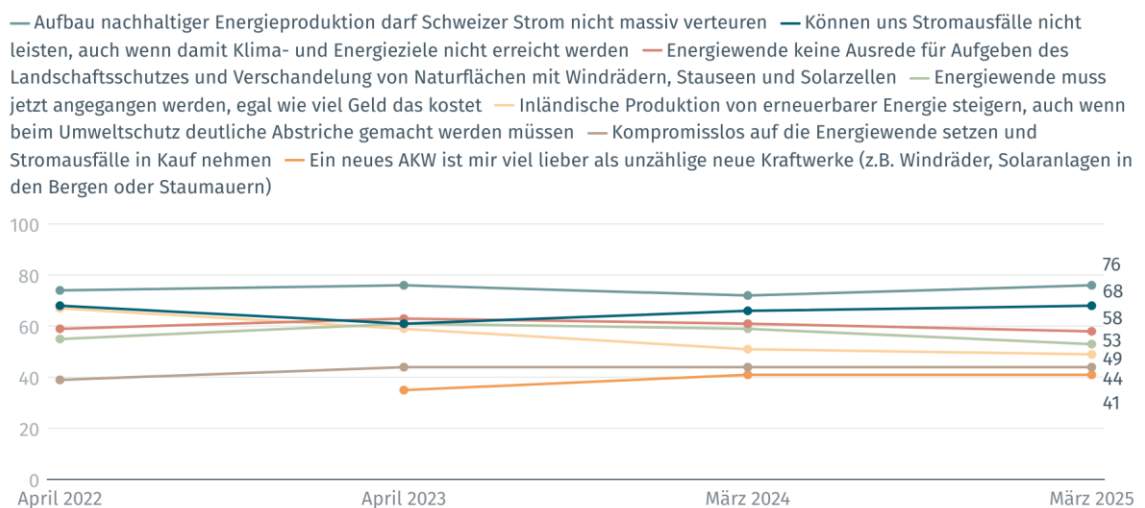
Nur eine Minderheit wäre bereit, Stromausfälle zugunsten einer kompromisslosen Umsetzung der Energiewende zu akzeptieren – dieser Wert liegt seit mehreren Jahren stabil bei 44 Prozent (± 0 Pp.). Auch der Vorschlag, lieber ein neues Atomkraftwerk zu bauen statt zahlreiche neue andere Kraftwerke, erhält mit 41 Prozent (± 0 Pp.) weiterhin nur Minderheitenunterstützung, bleibt aber konstant auf dem Vorjahresniveau.

Grafik 8

Trend Möglichkeiten Umgang mit Konflikten

Im Folgenden können Sie einige Möglichkeiten lesen, wie man mit Konflikten zwischen den drei Aufgaben umgehen kann. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie mit einer solchen Möglichkeit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher einverstanden



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1010)

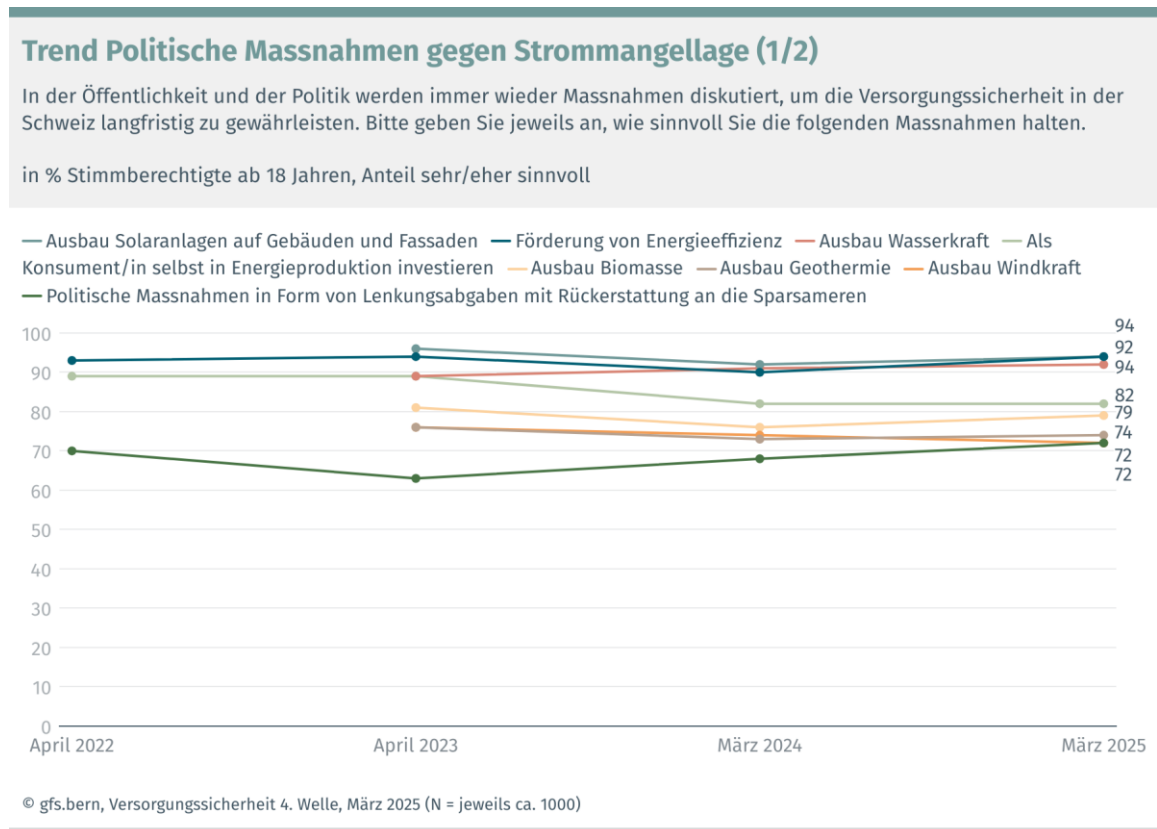
1.2.1 Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Die Förderung der Energieeffizienz (94%, +4 Prozentpunkte gegenüber 2024), der Ausbau von Solaranlagen auf Dächern und Fassaden (94%, +2 Pp.) sowie der Ausbau der Wasserkraft (92%, +1 Pp.) werden nahezu einstimmig als sinnvolle Massnahmen zur Vermeidung einer Strommangellage bewertet. Auch Investitionen in die

Eigenproduktion von Energie durch Konsument:innen finden mit 82 Prozent (± 0 Pp.) bei rund vier von fünf Stimmberechtigten Zustimmung. Der Ausbau der Biomasse wird von 79 Prozent als sinnvolle Option zur Sicherung der Versorgungssicherheit in der Schweiz beurteilt. Etwa drei Viertel der Befragten sprechen sich zudem für den Ausbau der Geothermie (74%, +1 Pp.) und der Windkraft (72%, -2 Pp.) aus. Beide Technologien werden mehrheitlich als tragfähige Lösungen zur langfristigen Gewährleistung der Stromversorgung angesehen.

Lenkungsabgaben mit Rückvergütung an sparsame Haushalte erfahren ebenfalls breite Zustimmung: 72 Prozent der Bevölkerung befürworten dieses Instrument (+4 Pp.) – damit steigt die Zustimmung bereits zum zweiten Mal in Folge spürbar an.

Grafik 9



Verglichen mit 2024 bleibt die Einschätzung der politischen Massnahmen weitgehend stabil. Im längerfristigen Vergleich mit den Jahren 2022 und 2023 zeigt sich eine zunehmende Konvergenz in der Zustimmung. Jeweils 71 Prozent der Befragten erachten den Ausbau von Wasserstoff sowie politische Massnahmen in Form von steuerlichen Anreizen klar als sinnvoll (+1 Pp.). Die Befürwortung des Ausbaus von Solaranlagen in den Bergen (62%, +2 Pp.) sowie die Sichtweise auf die Einschränkung von Beschwerdemöglichkeiten gegen Bauvorhaben im Energiebereich (62%, +3 Pp.) sind im Vergleich zum Vorjahr etwa gleich geblieben.

Der Bau von Atomkraftwerken der neusten Generation hat insgesamt gegenüber 2024 als Massnahme gegen Strommangellagen erneut etwas an Unterstützung zulegen können (53%, +1 Pp.). Der Bau von Atomkraftwerken der aktuellen Generation wird (39%, -1 Pp.) hingegen weiterhin nur von einer Minderheit als sinnvoll erachtet.

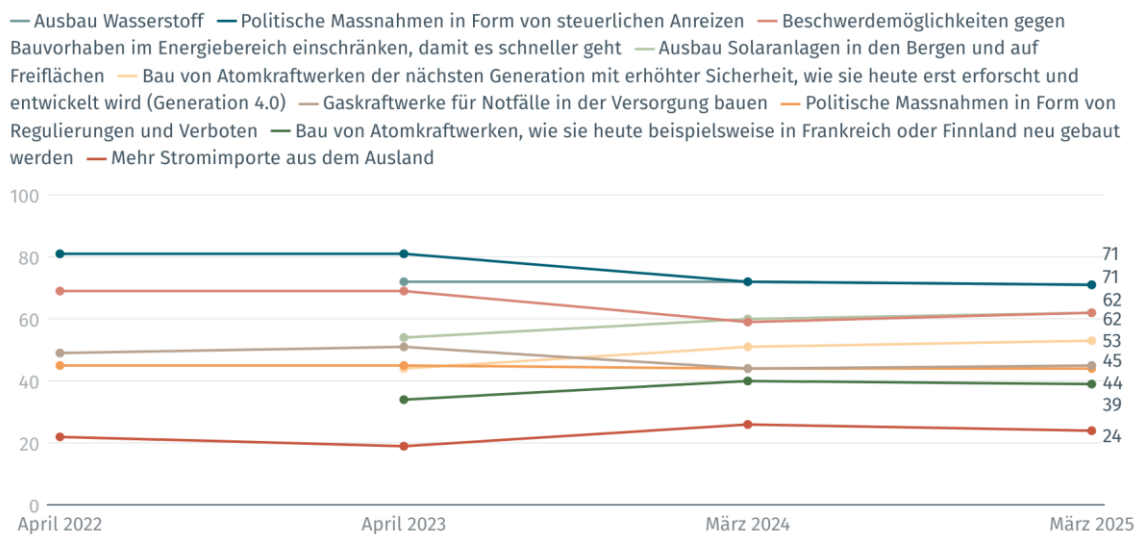
Gaskraftwerke für den Notfall (45%, +1 Pp.) sowie Regulierungen und Verbote (44%, ±0 Pp.) vermögen aktuell keine Mehrheiten von ihrer Sinnhaftigkeit zu überzeugen. Die Steigerung der Stromimporte aus dem Ausland wird ebenfalls unverändert sehr deutlich abgelehnt (24% eher/sehr sinnvoll, -2 Pp.).

Grafik 10

Trend Politische Massnahmen gegen Strommangel (2/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher sinnvoll



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1000)

Während es bei einigen energiepolitischen Massnahmen parteiübergreifend breite Zustimmung gibt, spalten andere Fragen die Lager deutlich – insbesondere entlang der traditionellen Links-Rechts-Achse. Unumstritten ist der Ausbau der Energieeffizienz sowie die Förderung von Solaranlagen auf Dächern, Fassaden und die Nutzung der Wasserkraft: In allen politischen Lagern – von den Grünen bis zur SVP – halten jeweilig über 85 Prozent der Befragten diese Massnahmen für sinnvoll. Auch Investitionen von Konsument:innen in die eigene Energieproduktion stossen parteiübergreifend auf Zustimmung – besonders stark im links-grünen Spektrum (Grünen: 94%, SP: 88%, GLP: 90%).

Das Thema Windkraft hingegen polarisiert deutlich: Während über 90 Prozent der Sympathisant:innen von Grünen, SP und GLP den Ausbau unterstützen, liegt die Zustimmung in der Anhängerschaft der FDP bei nur 49 Prozent, bei jener der SVP sogar bei lediglich 42 Prozent. Ähnlich sieht es beim Ausbau von Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen aus: Während die Zustimmung im linken Spektrum hoch bleibt, sinkt sie bei FDP- und SVP-Anhänger:innen auf unter 60 Prozent. Besonders umstritten sind politische Massnahmen in Form von Regulierungen und Verboten. Hier zeigt sich eine tiefe Kluft: Während im linken Lager Mehrheiten diese Instrumente als sinnvoll beurteilen (Grüne: 72%, SP: 62%, GLP: 70%), lehnt das bürgerlich-konservative Lager sie weitgehend ab (FDP: 22%, SVP: 23%). Im Gegensatz dazu gelten steuerliche Anreize als deutlich

konsensfähiger – mit Zustimmungswerten um oder über 70 Prozent in fast allen Lagern, mit Ausnahme der SVP (53%).

Einigkeit herrscht hingegen bei der Ablehnung von Stromimporten aus dem Ausland – durchgängig stimmen weniger als ein Drittel aller Lager dieser Option zu. Dafür ist das Thema Atomkraft klar polarisierend: Während Anhängerinnen der FDP (88%) und SVP (77%) der nächsten Generation von Atomkraftwerken (Generation 4.0) grossmehrheitlich positiv gegenüberstehen, liegt die Zustimmung bei Sympathisant:innen der Grünen, SP und GLP deutlich unter einem Drittel (Grüne: 22%). Noch stärker wird die Ablehnung beim klassischen AKW-Typ (z. B. französisches Modell) – mit nur knappen Mehrheiten bei der Anhängerschaft von FDP (58%) und SVP (57%).

Ein eher eigenständiges Bild zeigt sich bei der Frage nach Einschränkungen von Beschwerdemöglichkeiten bei Bauprojekten: Insgesamt befürworten 64 Prozent diese Massnahme, besonders stark im Lager der Mitte (72%), FDP (62%), SVP (66%) und überraschend auch bei der GLP (57%). Das grüne Lager hingegen zeigt sich zurückhaltender (Grüne: 49%).

Ein spannender Sonderfall ist der Ausbau von Solaranlagen im Alpenraum: Während die Zustimmung bei Anhängerinnen von Grünen, SP und GLP jeweils mehrheitlich ausfällt, liegt sie bei jener der SVP (48%) und FDP (55%) unter dem Durchschnitt. Auch bei den Grünen-Sympathisant:innen (68%) ist die Zustimmung deutlich tiefer als bei anderen Solarthemen – ein Hinweis auf die zunehmende Sensibilität gegenüber Landschaftsschutzfragen, selbst im klimapolitisch engagierten Lager.

Grafik 11

Politische Massnahmen gegen Strommangellage nach Partei

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher sinnvoll

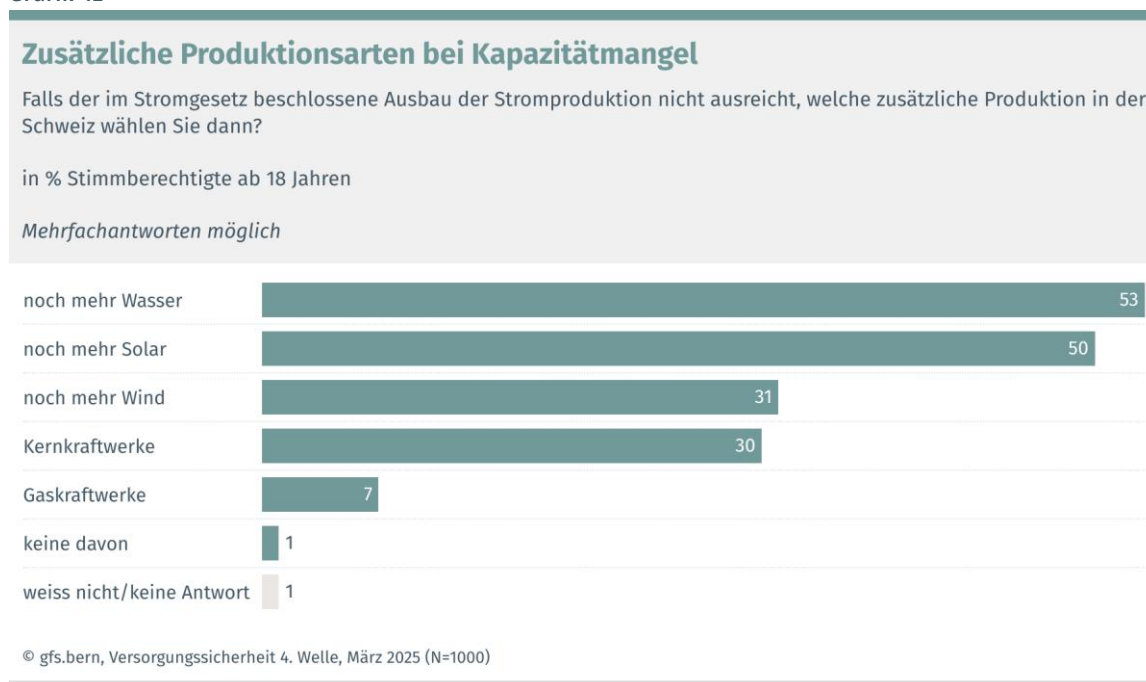
Massnahme	Total	GPS	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Parteiungebundene
Förderung von Energieeffizienz	94	98	95	97	98	91	90	94
Ausbau Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden	94	99	98	100	96	99	85	91
Ausbau Wasserkraft	94	91	96	94	96	87	95	94
Als Konsument/in selbst in Energieproduktion investieren	82	94	88	90	79	82	76	77
Ausbau Biomasse	81	93	79	82	86	88	71	83
Ausbau Geothermie	75	82	77	83	77	90	59	74
Ausbau Wasserstoff	72	68	72	77	81	74	74	59
Politische Massnahmen in Form von Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsameren	71	92	78	78	74	69	59	69
Ausbau Windkraft	71	94	93	90	88	49	42	79
Politische Massnahmen in Form von steuerlichen Anreizen	71	83	76	81	77	77	53	73
Beschwerdemöglichkeiten gegen Bauvorhaben im Energiebereich einschränken, damit es schneller geht	64	49	66	57	72	62	66	62
Ausbau Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen	62	68	78	75	68	55	48	60
Bau von Atomkraftwerken der nächsten Generation mit erhöhter Sicherheit, wie sie heute erst erforscht und entwickelt wird (Generation 4.0)	54	22	33	33	44	88	77	44
Gaskraftwerke für Notfälle in der Versorgung bauen	45	29	36	42	47	42	61	38
Politische Massnahmen in Form von Regulierungen und Verboten	41	72	62	70	41	22	23	34
Bau von Atomkraftwerken, wie sie heute beispielsweise in Frankreich oder Finnland neu gebaut werden	39	7	22	24	36	58	57	40
Mehr Stromimporte aus dem Ausland	24	16	24	18	21	31	24	32

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=1000)

1.3 Stromgesetz

Für den Fall, dass der im Stromgesetz beschlossene Ausbau der Stromproduktion nicht ausreicht, setzt die Schweizer Bevölkerung eher auf erneuerbare Energien als auf Gas- und Kernkraftwerke. Jeweils eine Mehrheit würde in einer solchen Situation für mehr Wasser (53%) respektive mehr Solar (50%) plädieren. Bei jeder dritten Person würde die Wahl auf mehr Wind oder Kernkraftwerke fallen. Nur sieben Prozent sehen in diesem Szenario Gaskraftwerke als alternative Quelle zur Stromproduktion.

Grafik 12



Diejenigen Personen, die die Versorgungssicherheit im Kontext der Schweizer Stromproduktion als prioritär ansehen, würden bei einem Mangel an Kapazität mehrheitlich auf Wasser setzen (57%). Relativ deutlich abgeschlagen folgen Solar, Kernkraftwerke und Wind. Gaskraftwerke scheinen über alle drei Präferenzen hinweg gar keine Option zu sein. Ist den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern insbesondere der bezahlbare Strompreis ein Anliegen, so setzen selbige Personen knapp minderheitlich am ehesten auf mehr Wasser und Solar (jeweils 48%). Auf Kernkraftwerke würde bei jeder dritten und auf Wind bei jeder fünften Person die Wahl fallen. Hat die klimaneutrale Energieproduktion erste Priorität, dann setzt man bei einem Mangel an Kapazität zur Stromproduktion naturgemäss vor allem auf erneuerbare Energien – namentlich Solar (72%). Wasser (52%) und Wind (44%) folgen mit grösserem Abstand. Kern- und Gaskraftwerke vermögen nicht als zusätzliche Stromquellen zu überzeugen.



Beim Blick in die Parteipräferenzen zeigt sich hier das gleiche Bild wie bei der Zustimmung zu verschiedenen politischen Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Das links-grüne Lager setzt klar auf erneuerbare Energien, während sich die Anhängerschaft von FDP und SVP klar für Kernkraft entscheidet. Unterschiede zeigen sich auch beim Alter. Die 18-39 Jährigen setzen viel deutlicher auf Solar, Wind und Wasser. Die über 40 Jährigen zeigen hier hingegen ein indifferentes Meinungsbild.

Grafik 13

Zusätzliche Produktionsarten bei Kapazitätsmangel nach erster Präferenz

Falls der im Stromgesetz beschlossene Ausbau der Stromproduktion nicht ausreicht, welche zusätzliche Produktion in der Schweiz wählen Sie dann?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil genannt

Mehrfachantworten möglich

Massnahme	Total	Versorgungssicherheit	Bezahlbarer Strompreis	Klimaneutrale Energieproduktion
noch mehr Solar	50	37	48	72
noch mehr Wind	31	31	19	44
noch mehr Wasser	53	57	48	52
Gaskraftwerke	7	9	9	3
Kernkraftwerke	30	36	36	12

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=1000)

Wenn trotz aller Bemühungen keine weiteren Anlagen für Solar-, Wind- und Wasserkraft gebaut werden können, würde sich die Schweizer Bevölkerung betreffend zusätzlicher Stromproduktion eher für Kernkraftwerke (49 %) als für Gaskraftwerke (26 %) aussprechen.

Grafik 14

Zusätzliche Produktionsarten ohne Solar/Wind/Wasser bei Kapazitätsmangel

Falls der im Stromgesetz beschlossene Ausbau der Stromproduktion nicht ausreicht, und trotz allen Bemühungen nicht mehr Solar, Wind und Wasser gebaut werden kann; welche zusätzliche Produktion in der Schweiz wählen Sie dann?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

Mehrfachantworten möglich

Kernkraftwerke	49
Gaskraftwerke	26
keine davon	24
weiss nicht/keine Antwort	4

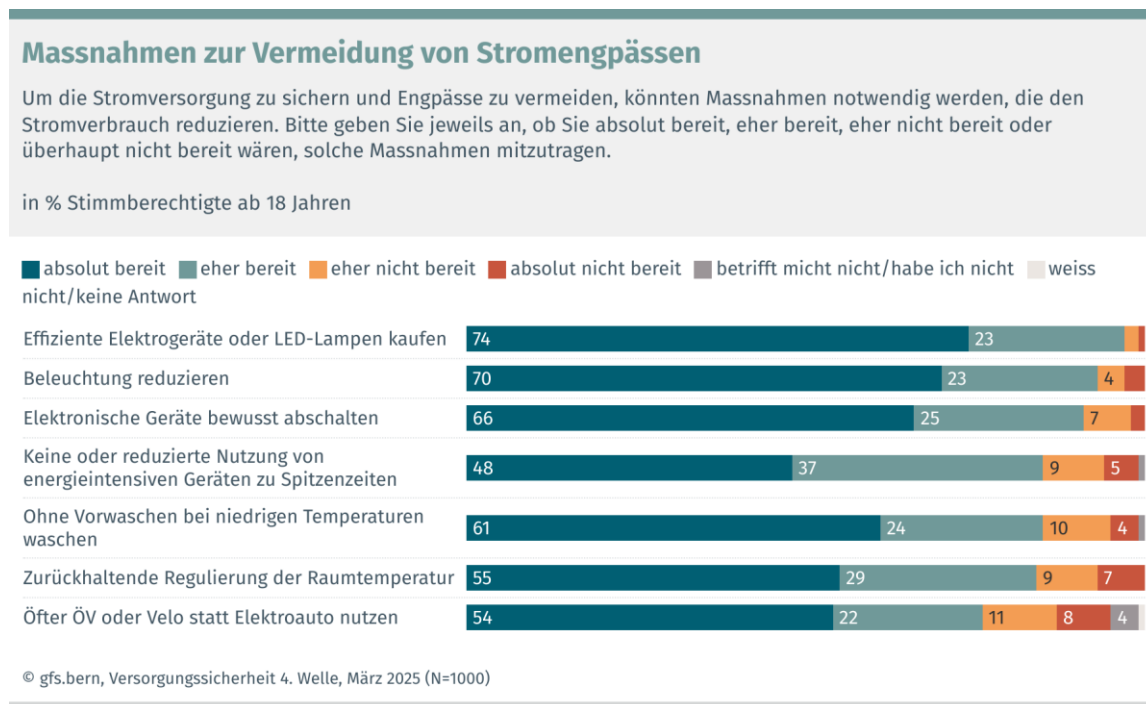
© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=1000)

Die Schweizer Bevölkerung ist bereit, mitanzupacken, wenn es darum geht, Stromengpässe zu vermeiden. Besonders dort, wo Massnahmen einfach umsetzbar sind, ist die Zustimmung nahezu einstimmig: 97 Prozent wären eher oder absolut bereit, auf effiziente Elektrogeräte oder LED-Lampen umzusteigen. Auch beim Lichtausmachen oder dem bewussten Abschalten von Geräten zeigen sich über 90 Prozent kooperationsbereit. Doch je stärker eine Massnahme in den Alltag eingreift, desto differenzierter fällt die Zustimmung aus. Auch das Waschen bei niedrigen Temperaturen und ohne Vorwaschgang findet mit 85 Prozent Zustimmung breite Unterstützung, jedoch mit geringerer Überzeugung. Die Bereitschaft, den Gebrauch energieintensiver Geräte zu Spitzenzeiten zu vermeiden, ist zwar mehrheitlich vorhanden, doch nur knapp die Hälfte wäre dazu

wirklich konsequent bereit. Gleiches lässt sich bei der zurückhaltenden Regulierung der Raumtemperatur beobachten.

Beim Mobilitätsverhalten zeigt sich schliesslich: Zwar geben drei Viertel an, häufiger auf ÖV oder Velo umsteigen zu wollen, doch der Anteil der wirklich Überzeugten ist hier mit am tiefsten. Zugleich ist die Ablehnung am stärksten spürbar.

Grafik 15



1.4 Anlagen zur Stromproduktion

Insgesamt bleibt die Beurteilung der Standorte von neuen Anlagen zur Stromproduktion – insbesondere im Vergleich zum letzten Jahr – recht stabil. Wie bereits in den vergangenen Befragungswellen sind Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur (94% sehr/eher einverstanden, -1 Pp.) sowie auf allen geeigneten Dächern und Fassaden (92%, -3 Pp.) gänzlich unumstritten. Die Akzeptanz für Stauseen anstelle früherer Gletscherflächen liegt weiterhin hoch: 76 Prozent sprechen sich dafür aus – ein Anstieg um 3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Seit Beginn der Erhebung im Jahr 2022 lässt sich ein klarer Trend erkennen: Die Zustimmung wächst kontinuierlich und liegt inzwischen fast 10 Prozentpunkte über dem Ausgangswert.

Sehr konstant zeigt sich die Zustimmung zu Anlagen die direkt in die Natur gebaut werden: So sind 2025 59 Prozent (+1 Pp.) der Befragten einverstanden mit Windrädern auf Hügeln, die vom eigenen Balkon aus sichtbar sind, und nach wie vor ist mit 50 Prozent (± 0 Pp.) eine minimale Mehrheit mit grossen Solaranlagen auf freien Wiesen in den Bergen einverstanden. Auf tiefem Niveau stabil zeigt sich die Zustimmung zu einem Gaskraftwerk im Umkreis von 10 Kilometern vom eigenen Wohnort (39%, +2 Pp.). Gaskraftwerke in der eigenen nahen Umgebung sind somit die einzigen Anlagen, mit denen eine Mehrheit der Stimmberechtigten nicht einverstanden sind (57% eher/gar nicht einverstanden, +10 Pp.).

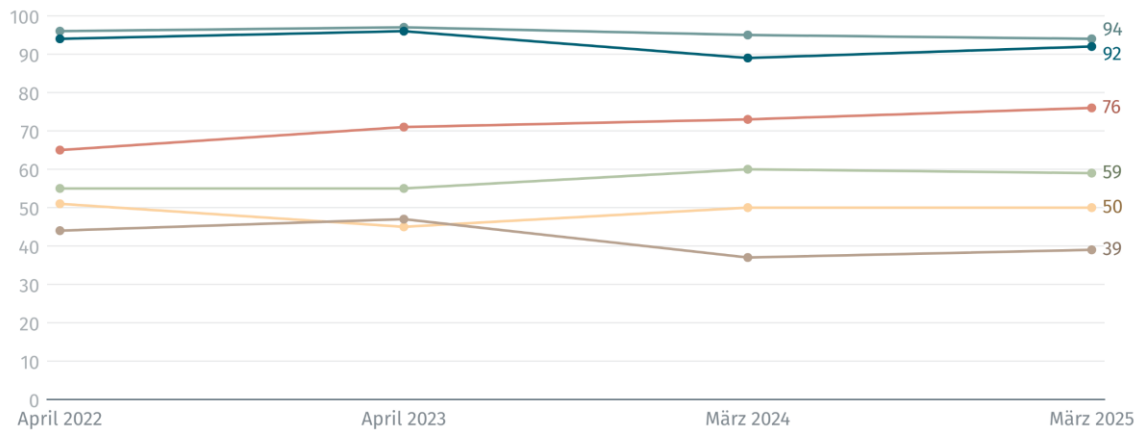
Grafik 16

Trend Standort von neuen Anlagen zur Stromproduktion

Grund für Diskussionen sind auch immer wieder die Standorte von neuen Anlagen zur Stromproduktion. Sie können nun unterschiedliche Möglichkeiten lesen, wo solche Anlagen stehen können. Geben Sie jeweils an, ob Sie mit einem solchen Standort sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher einverstanden

— Grosse Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur wie Autobahnen, Staumauern — Solaranlagen auf allen geeigneten Dächer und Fassaden — Neuer Stausee, wo früher ein Gletscher war — Windräder auf dem Hügel vor dem eigenen Haus, die man vom Balkon aus sieht — Grosse Anlage für Solarstrom in den Bergen auf freien Wiesen — Gaskraftwerk 10 Kilometer vom eigenen Wohnort entfernt

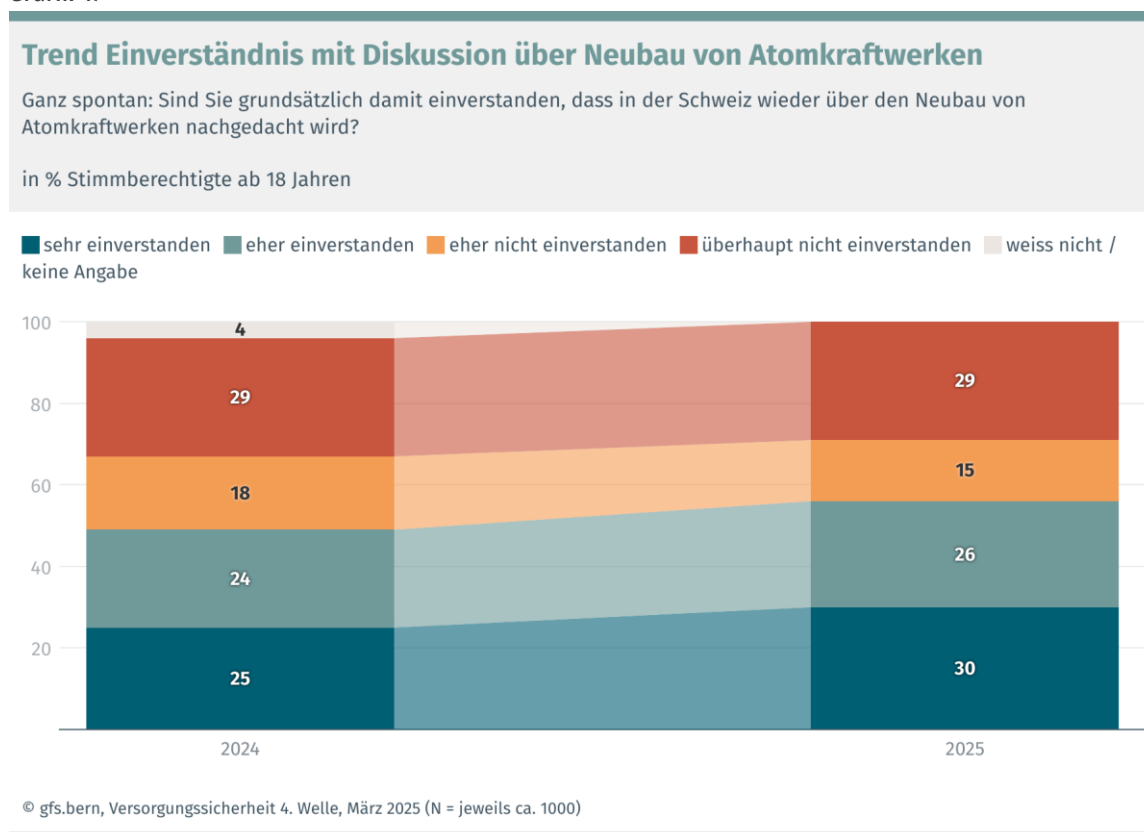


© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1010)

1.4.1 Atomkraftwerke

Ob in der Schweiz grundsätzlich wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht werden soll, spaltet die Schweizer Bevölkerung nicht mehr in gleichem Ausmass wie noch 2024. Insgesamt ist neu eine Mehrheit von 56 Prozent der Stimmberechtigten eher oder sehr damit einverstanden, dass die Diskussion über den Neubau von Kernkraftwerken wieder geführt wird (+7 Pp.). Ihnen gegenüber steht nun eine Minderheit von 44 Prozent (-3 Pp.), die nicht damit einverstanden sind.

Grafik 17



Anhand der Parteisympathie lässt sich die Haltung zur Diskussion über den Neubau von Atomkraftwerken sehr gut erklären. Auf der linken Seite des politischen Spektrums (Grüne 80% überhaupt nicht/eher nicht einverstanden, SP 66%, GLP 60%) wird die neuerliche Diskussion über Atomkraftwerke klar abgelehnt, während sich die Anhängerschaft der Mitte gespalten zeigt (je 50%). Besonders hoch ist die Zustimmung zu dieser Diskussion in der Anhängerschaft der FDP (88% sehr/eher einverstanden) und auch deutlich mehrheitlich in derjenigen der SVP (80%). Parteiungebundene sind in dieser Frage noch gespalten (52% sehr/eher einverstanden).

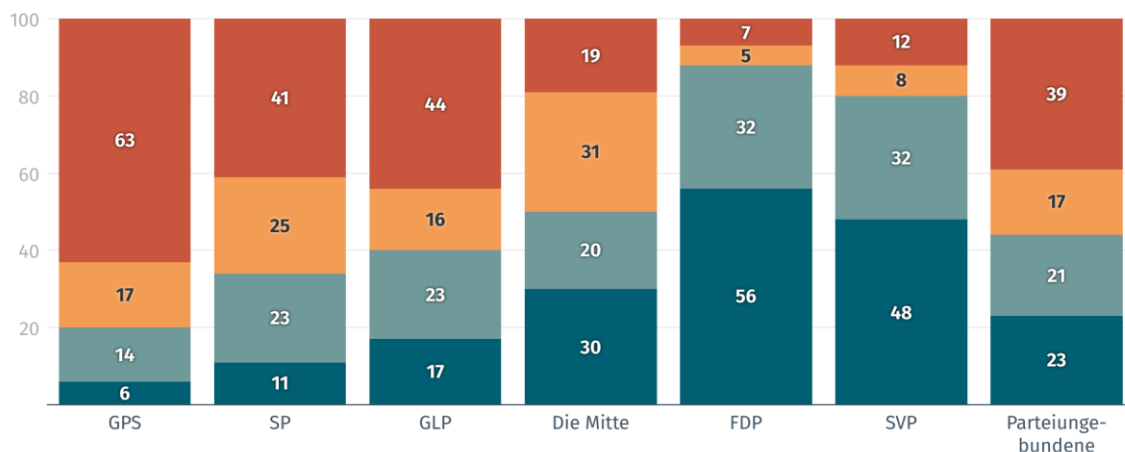
Grafik 18

Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken nach Partei

Ganz spontan: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass in der Schweiz wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht wird?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

sehr einverstanden eher einverstanden eher nicht einverstanden überhaupt nicht einverstanden weiss nicht / keine Angabe



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (n=857), sig., Cramér's V = 0.25

Junge verhalten sich in der Tendenz etwas kritischer bezüglich der Diskussion über neue Atomkraftwerke. Nur eine knappe Minderheit der Stimmberechtigten unter 40 Jahren befürwortet die erneute Diskussion über den Neubau von AKWs (48% sehr/eher einverstanden). Bei der restlichen älteren Stimmbevölkerung ist hingegen eine relativ stabile Mehrheit dafür.

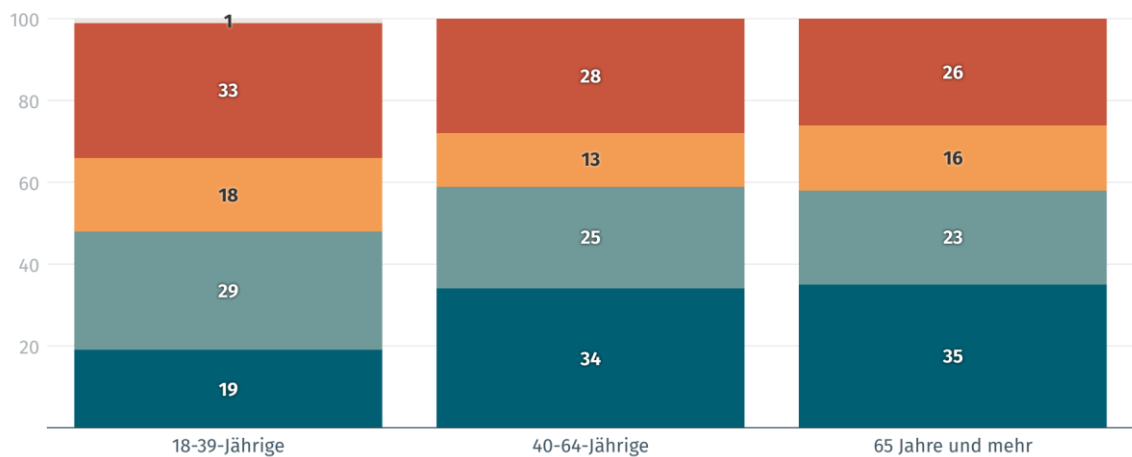
Grafik 19

Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken nach Alter

Ganz spontan: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass in der Schweiz wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht wird?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr einverstanden ■ eher einverstanden ■ eher nicht einverstanden ■ überhaupt nicht einverstanden ■ weiss nicht / keine Angabe



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=1000), sig., Cramér's V = 0.08

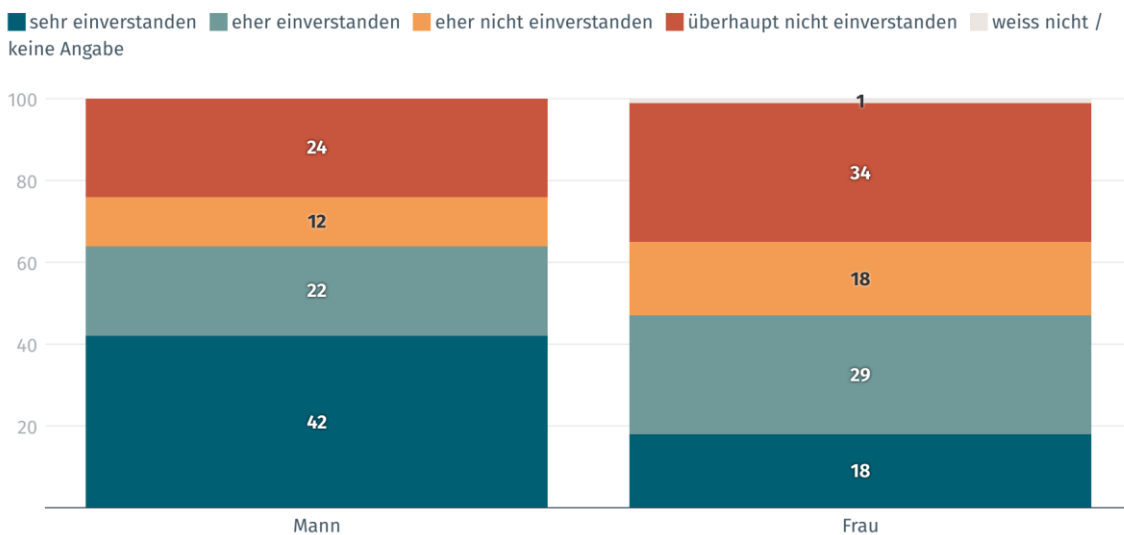
Männer sind einer Diskussion gegenüber deutlich positiver gestimmt und befürworten sie mehrheitlich. Insgesamt befürworten 64 Prozent der Männer die Diskussion zu neuen AKWs während lediglich 47 Prozent der Frauen damit einverstanden sind.

Grafik 20

Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken nach Geschlecht

Ganz spontan: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass in der Schweiz wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht wird?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (n=999), sig., Cramér's V = 0.28

1.5 Blackout-Initiative

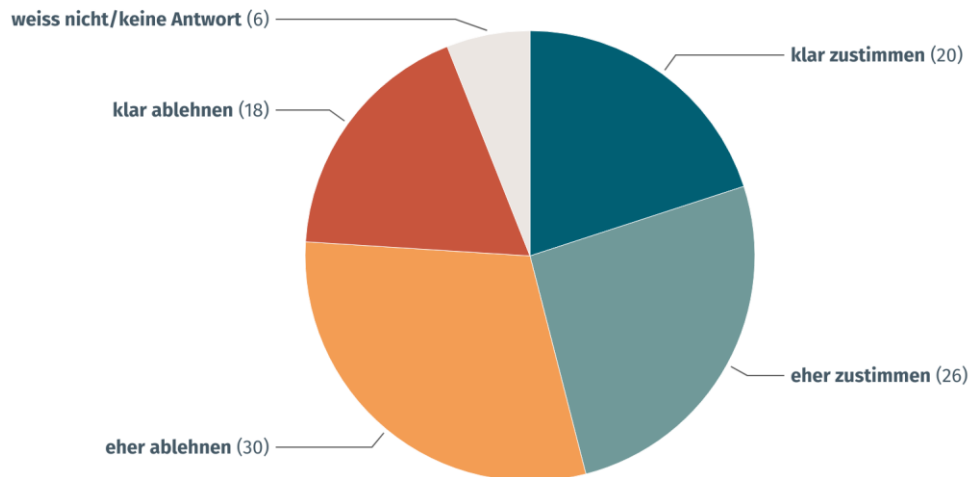
In die gleiche Kerbe schlägt die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)», welche fordert, dass die Schweiz eine sichere Stromversorgung jederzeit gewährleistet und keine Technologie – einschliesslich Kernenergie – ausgeschlossen wird. Würde schon heute über diese Initiative abgestimmt, wäre der Outcome noch offen. 46 Prozent der Stimmberechtigten würden der Initiative tendenziell oder klar zustimmen, während 48 Prozent sie eher oder klar ablehnen. Nur 6 Prozent sind unentschieden oder machen keine Angabe. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Frage der sicheren Stromversorgung unter Einsatz aller Technologien stark polarisiert. Eine klare Mehrheit ist derzeit nicht erkennbar, was die Bedeutung einer breiten öffentlichen Diskussion unterstreicht.

Grafik 21

Stimmabsicht Blackout-Initiative

Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» fordert, dass die Schweiz eine sichere Stromversorgung jederzeit gewährleistet und keine Technologie – einschliesslich Kernenergie – ausgeschlossen wird. Wenn schon heute über die sogenannte Blackout-Initiative abgestimmt würde, wie würden Sie abstimmen?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=1000)

Bei Betrachtung der Befürwortung der Blackout-Initiative nach Parteipräferenz, präsentiert sich ein ähnliches Bild wie bei der Diskussion um den Neubau von Atomkraftwerken. Anhänger:innen des links-grünen Lagers lehnen die Blackout-Initiative deutlich ab: Bei den Grünen sprechen sich 73 Prozent, bei der SP 61 Prozent und bei der GLP 64 Prozent eher oder klar dagegen aus. Jene, die mit der Mitte sympathisieren sind hingegen gespalten und tendieren nur knapp mehrheitlich zur Ablehnung (51%). FDP- und SVP-Sympathisant:innen unterstützen die Initiative deutlich stärker – jeweils über 50 Prozent stimmen eher oder klar zu. Auch bei parteiungebundenen Personen überwiegt mit 64 Prozent die Zustimmung. Insgesamt zeigt sich ein klares parteipolitisches Muster: Linke Parteien lehnen ab, bürgerliche Kreise befürworten die Initiative. Insbesondere an den Polen ist dabei die Meinung mit hohen Anteilen klarer Positionierung schon ziemlich gefestigt.

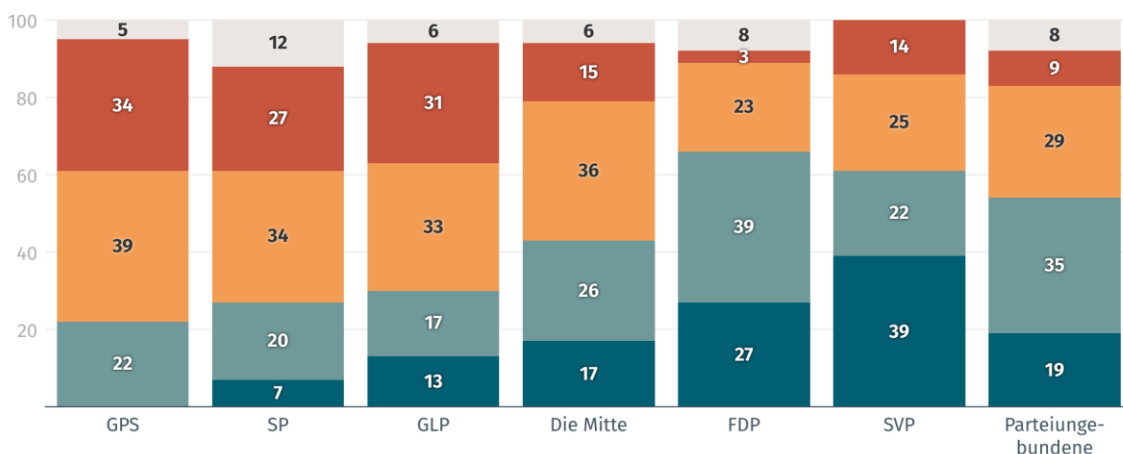
Grafik 22

Stimmabsicht Blackout-Initiative nach Partei

Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» fordert, dass die Schweiz eine sichere Stromversorgung jederzeit gewährleistet und keine Technologie – einschliesslich Kernenergie – ausgeschlossen wird. Wenn schon heute über die sogenannte Blackout-Initiative abgestimmt würde, wie würden Sie abstimmen?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ klar zustimmen ■ eher zustimmen ■ eher ablehnen ■ klar ablehnen ■ weiss nicht/keine Antwort



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (n=857), sig., Cramér's V = 0.25

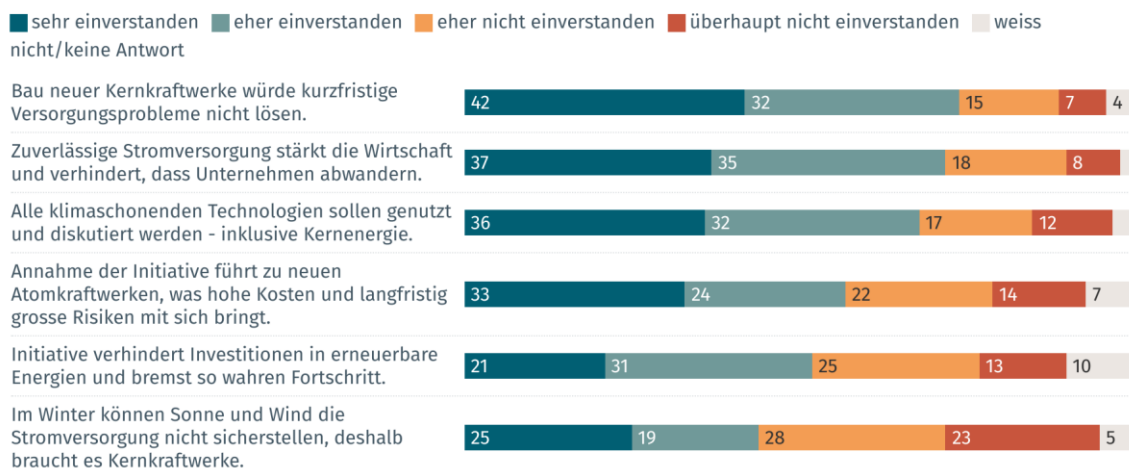
Die Zustimmung zu häufig gehörten Aussagen im Kontext der Blackout-Initiative macht deutlich, worauf das vielfältige Meinungsbild in der Bevölkerung zurückzuführen ist: Die Aussagen zur Blackout-Initiative zeigen ein klar gespaltenes Meinungsbild. Zustimmung finden vor allem Argumente zur wirtschaftlichen Bedeutung einer stabilen Stromversorgung (72%) und zur Offenheit gegenüber allen klimafreundlichen Technologien, inklusive Kernenergie (68%). Auch das Argument, dass im Winter Kernkraft nötig sei, wird von 44 Prozent unterstützt – bleibt jedoch umstritten. Kritische Stimmen überwiegen bei der Einschätzung, dass neue Kernkraftwerke kurzfristig nicht helfen (74%) und die Initiative zu teuren, risikobehafteten AKW führen könnte (57%). Zudem sehen 52 Prozent die Gefahr, dass Investitionen in erneuerbare Energien gebremst werden. Die Bewertungen erklären die parteipolitische Polarisierung: Linke Lager lehnen die Initiative überwiegend ab, während rechte Parteien sie stärker stützen.

Grafik 23

Aussagen zur Blackout-Initiative

Die folgenden Aussagen im Zusammenhang mit der Blackout-Initiative sind immer wieder zu hören. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie mit diesen Aussagen sehr einverstanden sind, eher einverstanden, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N=1000)

1.6 Stromabkommen und Marktliberalisierung

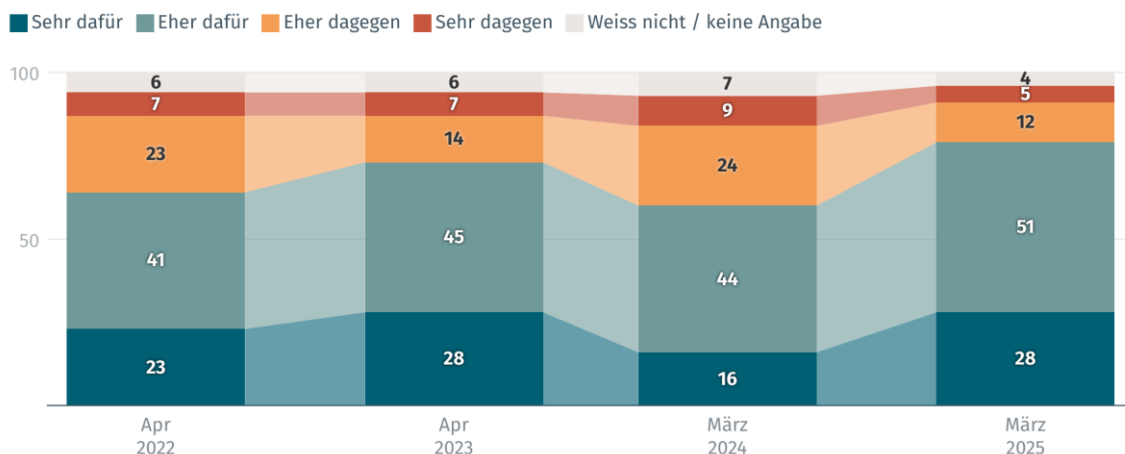
Nachdem im vergangenen Jahr die Offenheit gegenüber einem Abkommen mit der EU im Strombereich wieder etwas abgekühlt ist, erreicht die Befürwortung eines solchen Abkommens, im Kontext neu verhandelter Abkommen, in der aktuellen Befragung neue Höchstwerte seit Messbeginn. 2025 wären insgesamt 79 Prozent der Stimmberechtigten für ein Stromabkommen mit der EU. Das sind 19 Prozentpunkte mehr als in der Vorjahresbefragung. Auf der anderen Seite ist aktuell nur noch rund jede fünfte Person gegen ein solches Abkommen (17% sehr/eher dagegen) was wiederum einem neuen Tiefstwert dieser Befragungsreihe entspricht.

Grafik 24

Trend Stromabkommen Schweiz - EU

Die Bilateralen III sind ein geplantes Vertragswerk zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, das darauf abzielt, die bestehenden bilateralen Abkommen zu aktualisieren und zu erweitern. Ein zentrales Element dieser Verhandlungen ist der Abschluss eines Stromabkommens. Dieses soll die Zusammenarbeit im Bereich Netzstabilität absichern, den Stromhandel vereinfachen und die Versorgungssicherheit stärken. Sind Sie grundsätzlich sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass man ein Stromabkommen abschliesst?*

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1010)

Neue Höchstwerte in der Zustimmung seit Messbeginn zeigen sich auch in jedem einzelnen politischen Lager. Ein europäisches Stromabkommen wird auch dieses Jahr im links-grünen Lager am stärksten befürwortet. Die Zustimmungswerte sind unter den Sympathisant:innen der SP und der GLP analog zur gesamten Stimmbevölkerung deutlich gestiegen. Aktuell ist die Anhängerschaft dieser beiden Parteien am zahlreichsten für ein Stromabkommen (SP: 96%, +18 Pp. GLP: 95%, +18 Pp.), gefolgt von den Grünen (91% sehr/eher dafür, +8 Pp.). Auch in den Anhängerschaften der Mitte (87%, +15 Pp.) und der FDP (85%, +13 Pp.) konnte das Abkommen an Zustimmung gewinnen.

Selbst im Lager der SVP, die sich in der Vergangenheit oft in der Opposition bewegte in dieser Frage, ist nun wieder eine klare Mehrheit für das Stromabkommen (62%, +22 Pp.) Der grösste Sprung ist bei den Parteiungebundenen zu beobachten, die letztes Jahr noch sehr deutlich gegen ein Stromabkommen waren und sich nun klar dafür aussprechen (76%, +37 Pp.).

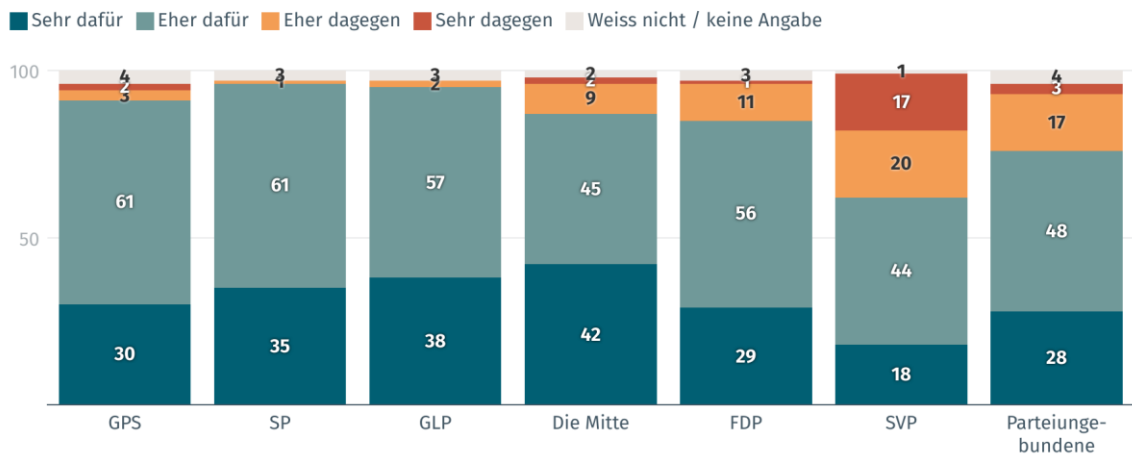
Insgesamt zeigen die jährlich starken Meinungsumschwünge, dass in dieser Frage die Meinungsbildung noch nicht gefestigt ist und stark von der weiteren Diskussion abhängt. Gerade im Zusammenhang mit dem neu verhandelten Vertragsergebnis zu den Bilateralen scheint eine neue Diskussionsgrundlage geschaffen worden zu sein.

Grafik 25

Stromabkommen Schweiz - EU nach Partei

Die Bilateralen III sind ein geplantes Vertragswerk zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, das darauf abzielt, die bestehenden bilateralen Abkommen zu aktualisieren und zu erweitern. Ein zentrales Element dieser Verhandlungen ist der Abschluss eines Stromabkommens. Dieses soll die Zusammenarbeit im Bereich Netzstabilität absichern, den Stromhandel vereinfachen und die Versorgungssicherheit stärken. Sind Sie grundsätzlich sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass man ein Stromabkommen abschliesst?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (n=857), sig., Cramér's V = 0.22

Eine Bedingung für ein Stromabkommen mit der EU ist die vollständige Öffnung des Schweizer Strommarktes. Nach wie vor ist eine knappe Mehrheit der Schweizer:innen für eine freie Wahl des Stromanbieters für alle Konsument:innen. Etwas mehr als die Hälfte der Stimmbevölkerung befürwortet eine freie Wahl des Stromanbieters auch für die privaten Haushalte (56% sehr/eher dafür, +5 Pp.). Mit 39 Prozent (-5 Pp.) gibt es allerdings eine nicht zu vernachlässigende Minderheit, die sich dagegen ausspricht.

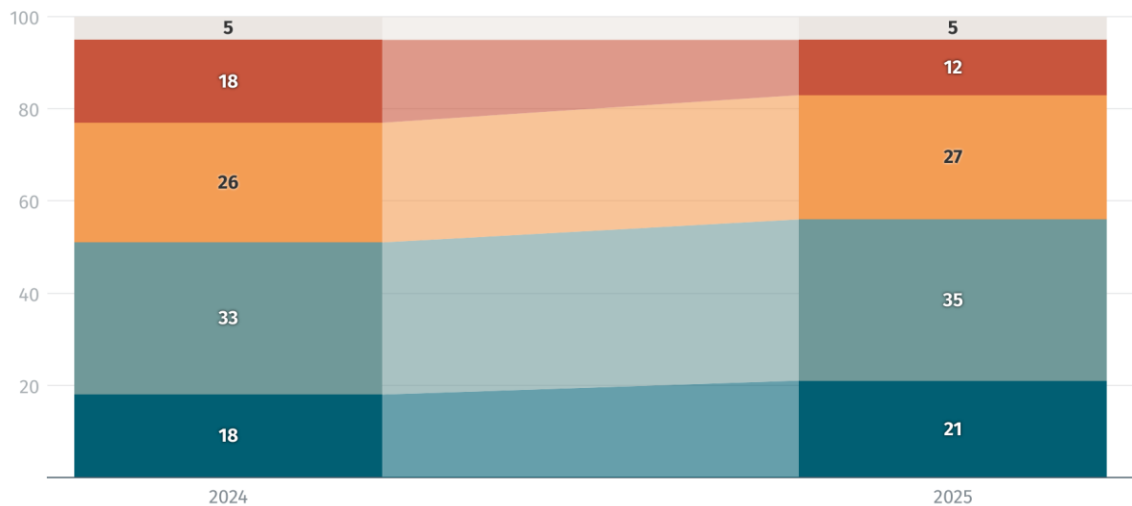
Grafik 26

Trend Befürwortung freie Wahl des Stromanbieters

Würden Sie eine freie Wahl des Stromanbieters befürworten?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

sehr dafür eher dafür eher nicht dafür überhaupt nicht dafür weiss nicht / keine Angabe



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1000)

Unter der Annahme den Energieversorger frei wählen zu können, gibt allerdings wie im Jahr zuvor die klare Mehrheit der Schweizer:innen an, zumindest wahrscheinlich bei ihrem aktuellen Stromanbieter zu bleiben. Insgesamt sagen über zwei Drittel, dass sie voraussichtlich bei ihrem aktuellen Energieversorger zu bleiben gedenken (69% bleibe auf jeden Fall/wahrscheinlich, +1 Pp). Fast jede vierte dazu befragte Person will sogar auf jeden Fall beim aktuellen Stromanbieter bleiben (23%). Ihnen gegenüber stehen lediglich 20 Prozent (+3 Pp.), die wahrscheinlich oder auf jeden Fall den Anbieter wechseln wollen.

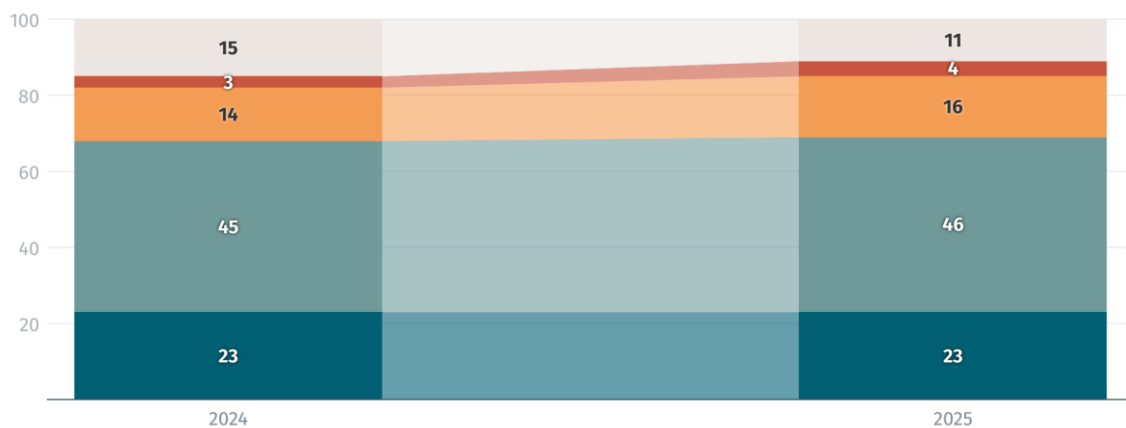
Grafik 27

Trend Wechsel Energieversorger bei freier Wahl

Stellen Sie sich vor, Sie könnten den Energieversorger frei wählen. Wie wahrscheinlich werden Sie Kunde bei ihrem aktuellen Stromanbieter bleiben, oder zu einem anderen Unternehmen wechseln?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ Ich bleibe auf jeden Fall bei meinem aktuellen Energieversorger. ■ Ich bleibe wahrscheinlich bei meinem aktuellen Energieversorger. ■ Ich werde wahrscheinlich zu einem anderen Energieversorger wechseln. ■ Ich werde auf jeden Fall zu einem anderen Energieversorger wechseln. ■ weiss nicht / keine Angabe



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 4. Welle, März 2025 (N = jeweils ca. 1000)

2 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:

STABILITÄT IN
DEN
PRIORITÄTEN

Auch 2025 steht man generell hinter der Energiepolitik 2050 (59% eher oder sehr einverstanden), was sich auch durch die abgefragten Aussagen zur Energie- und Umweltpolitik zeigt. Die Förderung erneuerbarer Energieformen ist breit abgestützt, nicht zuletzt um Abhängigkeiten vom Ausland zu verhindern. Zudem wird das Stromgesetz klar als sinnvoller Schritt für die Energiezukunft der Schweiz erachtet. Die Sicherstellung der Stromversorgung bleibt auch 2025 das energiepolitische Leitziel. 45 Prozent der Befragten nennen sie als oberste Priorität gefolgt von bezahlbarem Strompreis und Klima-neutraler Energieproduktion. Im Kontext des Zielkonflikts zwischen Versorgung, Klimaschutz und Kosten dürften politische Massnahmen in ihrer Balancefähigkeit gemessen werden.

BALANCE GE-
SUCHT
ZWISCHEN
NETZSICHER-
HEIT UND
BEZAHL-
BARKEIT

Versorgungssicherheit bleibt oberstes Ziel – aber der Preis rückt stärker ins Zentrum der Debatte. Die Sicherstellung der Stromversorgung bleibt auch 2025 das energiepolitische Leitziel. 45 Prozent der Befragten nennen sie als oberste Priorität und die Zustimmung bleibt damit auf hohem Niveau stabil. Zugleich hat der Strompreis im Vergleich zu 2022/2023 deutlich an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die Bevölkerung zunehmend auf die finanzielle Tragbarkeit der Transformation achtet. Der Zielkonflikt zwischen Versorgung, Klimaschutz und Kosten ist in der Wahrnehmung der Bevölkerung angekommen – mit deutlichen Präferenzunterschieden je nach Parteilaffinität, Alter, Bildung und Geschlecht. Politische Massnahmen werden künftig stärker an ihrer Balancefähigkeit gemessen.

KONSENS BEI
ZIELEN – KRITIK
AM TEMPO DER
UMSETZUNG

Die Förderung erneuerbarer Energien ist für die Bevölkerung weiterhin das zentrale Element einer glaubwürdigen Energiepolitik, aber auch nicht zu jedem Preis: Nicht nur Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen gewährleistet sein, auch Anforderungen des Landschaftsschutzes haben mehrheitlich geteilte Berechtigung. Gleichzeitig empfindet eine gewichtige Mehrheit von 63 Prozent die Energiewende als zu langsam, und 56 Prozent mahnen, dass ohne sofortigen Umstieg auf ebendiese erneuerbaren Energiequellen die Klimakatastrophe nicht mehr abzuwenden sei. Hier zeigt sich entsprechend die Erwartungshaltung, dass politische Absichten auch in konkrete Fortschritte übersetzt werden – sowohl beim Ausbau als auch bei der Unabhängigkeit von fossilen und ausländischen Energiequellen.

NEUE TECHNOLOGIEN: JA, ABER BITTE BEWÄHRT UND ORTSVERTRÄGLICH

Offenheit wächst – aber nur ausgewählte Lösungen stossen auf breite Akzeptanz. Die Bevölkerung unterstützt grundsätzlich neue Produktionsanlagen, bevorzugt dabei aber etablierte und lokal verträgliche Technologien: Solaranlagen auf Dächern (94%), Wasserkraft (92%) und Energieeffizienzmassnahmen geniessen höchste Zustimmung. Auch Geothermie, Biomasse und Windkraft finden mehrheitliche Unterstützung – letztere jedoch mit starker partei-politischer Polarisierung. Der Bau neuer Atomkraftwerke der nächsten Generation wird von 53 Prozent befürwortet, während herkömmliche AKW-Typen mehrheitlich abgelehnt bleiben. Gas-kraftwerke im Nahbereich stossen auf breite Ablehnung. Akzeptanz ist also da – aber sie bleibt technologie- und standortabhängig.

DIE BLACKOUT-INITIATIVE POLARISIERT

Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle» spaltet die Stimmbevölkerung: 46 Prozent würden aktuell zustimmen – 48 Prozent lehnen sie ab. Besonders FDP-, SVP- und parteiunabhängig Wählende befürworten sie mehrheitlich, während das links-grüne Lager sie klar ablehnt. Die Argumente dahinter reichen von der Forderung nach Technologieoffenheit (68% Zustimmung) bis hin zur wirtschaftlichen Bedeutung stabiler Stromversorgung (72%). Gleichzeitig überwiegen die Bedenken: 74 Prozent sind überzeugt, dass neue AKW kurzfristig keine Lösung bringen, 57 Prozent befürchten teure oder risikobehaftete Entwicklungen, 52 Prozent sehen eine Gefahr für den Ausbau der Erneuerbaren. Die Debatte zeigt: Die Energiezukunft ist ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess, der nicht nur auf Fakten sondern auch auf Grundhaltungen beruht.

EU-STROMABKOMMEN GEWÜNSCHT – MARKTÖFFNUNG MIT VORBEHALT

Die Zustimmung zum Stromabkommen erreicht im Kontext neu verhandelter Verträge mit 79 Prozent einen neuen Höchstwert seit Messbeginn. Besonders stark zugelegt haben SVP-Sympathisant:innen und parteiunabhängig Wählende. Die energiepolitische Zusammenarbeit mit Europa wird mehrheitlich als sinnvoller Schritt zur Sicherung der Versorgungssicherheit gesehen. Dennoch bleibt die Meinungsbildung volatil. Die vollständige Marktöffnung – als Bedingung für ein Abkommen – wird zwar mehrheitlich (56%) befürwortet, aber ohne Begeisterung: Zwei Drittel würden trotz Wahlmöglichkeit bei ihrem bisherigen Anbieter bleiben. Die EU-Frage bleibt damit auch im Strombereich ein Thema politischer Identität – und damit sensibel für künftige Debattenverläufe.

3 Anhang

3.1 Mandat

Der Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE, vertreten durch Sarah Fuchs und Dominique Martin, beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern an, die Befragungsserie rund um Energiepolitik und insbesondere der Sicherheit der Energieversorgung im Frühjahr 2025 zum vierten Mal zu wiederholen. Die Bevölkerungserhebung legt dabei grossen Wert auf die Vergleichbarkeit mit den vorgängigen Erhebungswellen und wird entsprechend nur leicht adaptiert:

- Die Analyse soll wie bisher Einblick geben in Grundhaltungen, Einstellungen und For-derungshaltungen der Schweizer Stimmberechtigten rund um Energiepolitik und Versorgungssicherheit. Der Fragebogen soll dabei so aufgebaut werden, dass er den politischen Meinungsbildungsprozess möglichst ideal nachstellt.
- Wie bisher wird auch in der vierten Befragungswelle neben dem Grossteil an unver-änderten Fragen ein neues Schwerpunktthema aufgenommen. Gemeinsam mit den Auftraggeber:innen wurden dabei die Themen **BLACKOUT-INITIATIVE** sowie **EINSTELLUNGEN GEGENÜBER DEM STROMGESETZ** als Aktualitätsthemen festgelegt.

3.2 Methodische Details

Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'000 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 11. und dem 21. März 2025 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) und Onlinebefragungen auf unserem hauseigenen Panel durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dual-Frame-Verfahrens via Festnetz und Handy sowie zufällig eingeladenen Pa-nelist:innen.

Weitere Angaben zu den Methodischen Details sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte der Schweiz, die einer der drei Hauptsprachen mächtig sind
Datenerhebung	Mixed-Mode (Online- und Telefonbefragung) - Online: Hauseigenes Online-Panel "Polittrends" für Stimmbevölkerung - Telefon: (CATI) mit Random Digit Dialing
Befragungszeitraum	W1: 7. bis 24. April 2022 W2: 3. bis 24. April 2023 W3: 5. bis 19. März 2024 W4: 11. bis 21. März 2025
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 1'000 - n DCH: 706 - n FCH: 238 - n ICH: 56 - n Onlinepanel: 288 - n Telefonbefragung: 712
Stichprobenfehler	±3.1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Gewichtung	Alter/Geschlecht, Sprache, Siedlungsart, Bildung, Partei und RDD Dualframe

©gfs.bern, Studie Versorgungssicherheit Welle 4, März 2025

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.1 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.0 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±9.8 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.		

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen, nach Bildung, nach Alter/Geschlecht sowie nach Siedlungsart gewichtet. Eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten.

Das für die Telefonbefragung verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

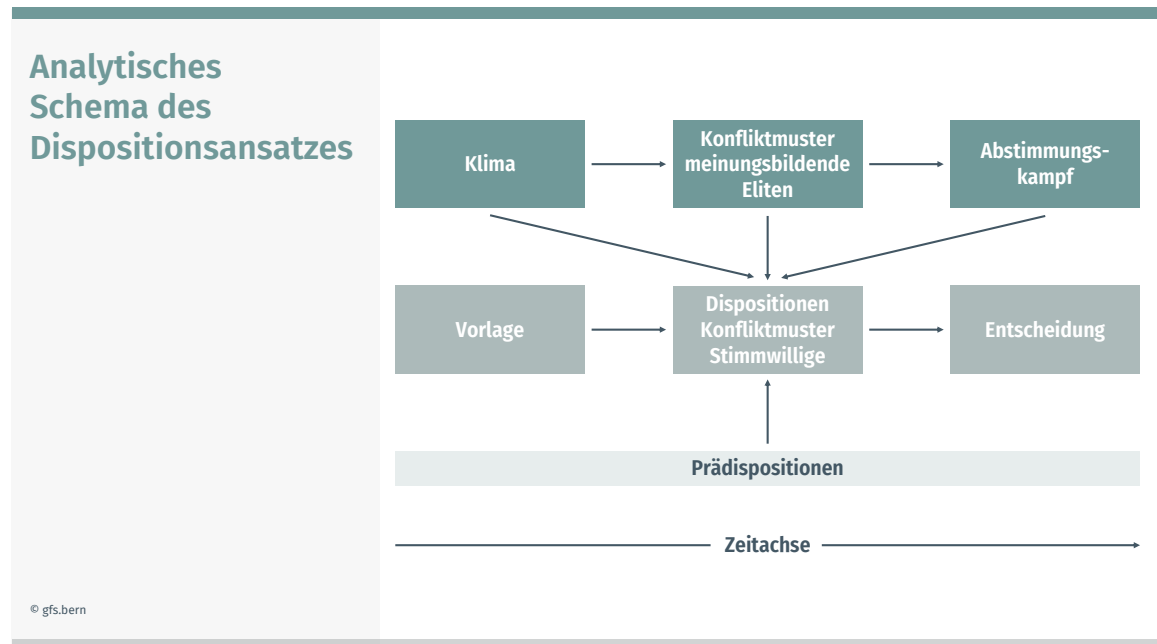
3.3 Forschungsplan

Die Studie orientiert sich am Dispositionsansatz, den gfs.bern speziell für die Analyse der politischen Meinungsbildung von Stimmberechtigten entwickelt hat.

Grundlegend ist die These, dass Ergebnisse von Einstellungen, zum Beispiel Abstimmungen oder Handlungsrelevanz, nicht ein für alle Mal feststehen, sondern in einem gewissen Masse variabel sind. Wie sie ausfallen, ist abhängig von ...

- dem Thema,
- dem Konfliktmuster in der meinungsbildenden Elite,
- einer öffentlichen Diskussion,
- der politischen Kultur und dem politischen Klima,
- den thematischen Prädispositionen und
- den Kampagnenwirkungen.

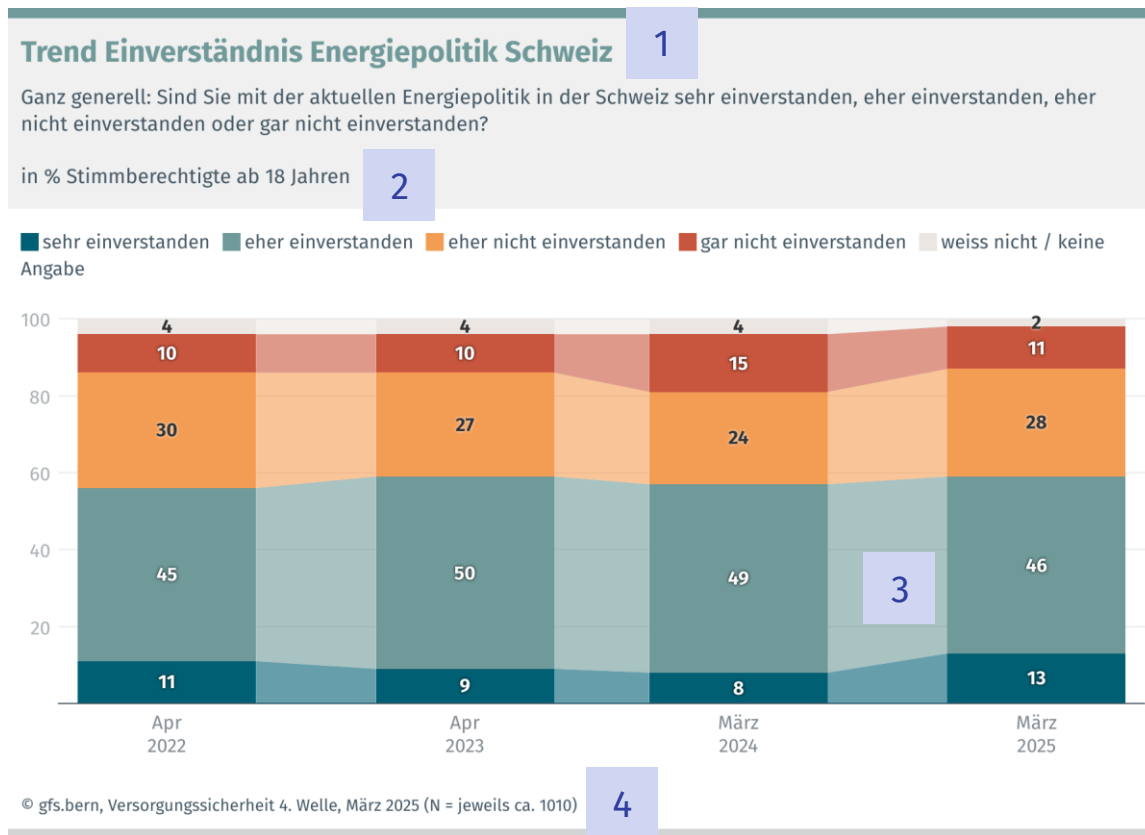
Grafik 28



Wichtige Elemente sind entsprechend dieses Ansatzes nebst der "Entscheidung" also auch "Kampagnen", die "Prädispositionen", das Umfeld bzw. "Klima" sowie die "Vorlage" selbst. Formalisiert werden Entscheidungen oder die Handlungsrelevanz als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und des Umfeldes gesehen. Entscheidungen und Handlungsrelevanz variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt, und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen.

3.4 Grafische Aufbereitung

Grafik 29



- 1 Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selber wird von unseren Interviewenden auf Schweizerdeutsch bzw. Französisch oder Italienisch vorgetragen. Im Titel ist ebenfalls jeweils erkennbar, ob es sich bei der Darstellung um einen Zeitvergleich (Trend) handelt oder nicht.
- 2 Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Stimmberechtigten der Schweiz (wie hier der Fall).
- 3 Die Ergebnisse werden in grafischer Form dargestellt. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen-, Balken-, Säulen-, Flächen- oder Liniengrafiken. Für die Darstellung von Zusammenhängen werden Regressionsgrafiken verwendet. Ausführungen dazu finden sich bei den entsprechenden Grafiken.
- 4 Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (März 2025) als auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant sind (hier 1010, da nicht gefiltert wurde und alle Stimmberechtigten berücksichtigt sind).

3.5 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.



CLOÉ JANS

Leiterin operatives Geschäft und Mediensprecherin, Politikwissenschaftlerin

✉ cloe.jans@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Image- und Reputationsanalysen, Jugend- und Gesellschaftsforschung, Abstimmungen / Kampagnen / Wahlen, Issue Monitoring/ Begleitforschung politische Themen, Medienanalysen, gesundheitspolitische Reformen und Fragen, qualitative Methoden





SOPHIE SCHÄFER

Junior Projektleiterin

✉ sophie.schaefer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Gesellschaft, Issue Monitoring,
Social Media, Datenanalyse, quantitative und qualitative Methoden



JENNY ROBERTS

Junior Data Scientist

✉ jenny.roberts@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 